

9. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 7. September 2011

Anwesend sind:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeister:	Hermanek Susanne Niederhammer Christa	SPÖ ÖVP
Stadträte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Eisler Elfriede, Holzer Othmar, Ing. Klimesch Klaus, Mag. Krislaty Gerd	
Stadträte-ÖVP:	KommR. Hopfeld Peter, OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian	
Stadtrat FPÖ:	Moll Gerald	
Stadtrat-GRÜNE:	Ing. Mag. Straka Andreas	
Gemeinderäte-SPÖ:	Buchta Brigitte, de Witt Hannes, Gatterwe Helmut, Hinterhauser Johannes, Holub Manuela, Riedler Corinna, Scheele Heinz, Schöffauer Michaela, Wondrak Gerda	
Gemeinderäte-ÖVP:	Mag. Falb Martin, Hetzendorfer Gregor, Hofmüller Brigitte, Ing. Huemer Friedrich, Ihm Ernst, König Franz, Kopf Eleonore, Mag. (FH) Winter Manfred	
Gemeinderäte-FPÖ:	Glasl Markus, Krammer Daniel, Mayer Wolfgang	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Mag. Maurer Mario, Schneider Alexandra	
<u>Entschuldigt sind:</u>	GR Frithum Gabriele (SPÖ) GR Ryba Günter (SPÖ)	

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.55 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 16.06.2011

III. Bericht des Prüfungsausschusses

IV. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Pilotprojekt – Regionale Leitplanung A5/S1/A22 - Beitritt
- 2.) Aufhebung – Verordnung über ein NÖ Sozialhilfe-Raumordnungsprogramm
- 3.) Richtlinien über die Durchführung der Ehrungen der Stadtgemeinde Stockerau
- 4.) Garagenordnung – Parkdeck, Landstraße
- 5.) Antrag um Aufnahme in den Städteverein Donau NÖ
- 6.) Antrag um Aufnahme in den Tourismusverband Kreuzenstein
- 7.) Nutzungsvertrag mit NÖ Hilfswerk – Kinderbetreuung in Räumlichkeiten Schulweg 3
- 8.) Verleihung des Sportehrenzeichens in Gold an HR Antl Leopold
- 9.) Verleihung der Wirtschaftsmedaille in Gold an Lukas Adolf
- 10.) Verleihung der Medaille „Stockerau dankt“ an Dir. Pasquali Maria
- 11.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen der Volkshilfe Stockerau
- 12.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen des Hilfswerkes Stockerau
- 13.) Ehrungen an Stadt- und Gemeinderäte
- 14.) Löschungserklärung – Reicher DI Dr. Roland und Mag. Michaela
- 15.) Löschungserklärung – Mailer DI Dr. Markus und Mag. Iris
- 16.) Resolution zur Sicherung kommunaler Grundversorgung
- 17.) Richtlinien für Gewerbeförderung der Stadtgemeinde Stockerau

V. Anträge des Stadtrates

a) Finanzen

- 1.) 2. Nachtragsvoranschlag 2011
- 2.) Änderung der Wasserabgabenordnung
- 3.) Jugendzentrum – Vergabe von Architektenleistungen
- 4.) Kolomani-Brunnen – Unterbauarbeiten – Vergabe von Leistungen
- 5.) Konservierung und Restaurierung des Ledermobiliars
- 6.) Bäderkooperation mit der Stadtgemeinde Korneuburg – Verlängerung
- 7.) Grundverkauf der Parz.Nr. 118/78 an Schneider Karin
- 8.) Änderung der Friedhofsgebührenordnung
- 9.) Nachtrag zum Leasingvertrag für Container-LKW
- 10.) Fischereirechtsangelegenheiten – rechtsfreundliche Vertretung - Beauftragung

b) Bauwesen und Straßen

- 1.) Straßenbenennung

V. Anträge gem. § 46 Abs. 1 NÖGO 1973

- ~~1.) Aktuelle Fragen der Abfallbehandlung bzw. deponierung in Stockerau~~ ~~abgesetzt~~
- 2.) Aussprache über die Stockerauer Festspiele

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ.G.O. in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Personalangelegenheiten
- 2.) Wirtschaftsförderung für Lehrlinge im 1. Lehrjahr
- 3.) Auflösung eines Pachtverhältnisses

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gemäß § 46 (3) der NÖ Gemeindeordnung wird vom Bürgermeister der Antrag um **Aufnahme** nachstehender Tagesordnungspunkte gestellt:

in öffentlicher Sitzung:

IV Anträge des Bürgermeisters

- 17.) Richtlinien für Gewerbeförderung der Stadtgemeinde Stockerau

V/a Anträge des Stadtrates - Finanzen

- 8.) Änderung der Friedhofsgebührenordnung
- 9.) Nachtrag zum Leasingvertrag für Container-LKW
- 10.) Fischereirechtsangelegenheiten – rechtsfreundliche Vertretung - Beauftragung

Weiters wird gemäß § 46 (2) der NÖ Gemeindeordnung der Antrag um **Absetzung** des nachstehenden Tagesordnungspunktes gestellt:

VI Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖGO 1973

- 1.) Aktuelle Fragen der Abfallbehandlung bzw. –deponierung in Stockerau

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

II. Genehmigung des Protokolls vom 16.06.2011

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

III. Bericht des Prüfungsausschusses

Gemeinderat Falb: Bericht über die am 01.09.2011 angesagte Gebarungsprüfung.

Anwesend:

Mitglied des Prüfungsausschusses (Vorsitzender) GR Mag. Falb Martin
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Buchta Brigitte
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Holub Manuela
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Kopf Eleonore
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Krammer Daniel
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Ryba Günter
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Hinterhauser Johannes
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Scheele Heinz
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. (FH) Winter Manfred
Buchhaltungsdirektor Zimmermann Walter

I. ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 29.08.2011 € -9.370.434,90.

II. SOLLBESTÄNDE

	verbuchte Einnahmen	nicht verbuchte Einnahmen
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 25.825.925,04	
KASSA	€ 370.818,18	
PSK 7332.355	€ 346.165,78	
RB 9001	€ 201.340,69	
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	
BA-CA/Straßenbau	€ 595.037,18	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 176.787,55	
BA-CA/Pflegeheim	€ 54.417,40	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 130.306,85	
BA-CA/Organstrafen	€ 175.593,48	
BA-CA/Wertpapiere	€ 155,08	
BA-CA/Grundstücke	€ 19.062,91	
Baukonto ABA BA 17	€ 508.919,50	
Baukonto WVA BA 09	€ 668,16	
BA-CA-Spendenprojekt	€ 0,00	
HYPO Investmentbank AG	€ 0,00	
BA-CA/Kontokorrentkredit	€ 0,00	
Gesamteinnahmen	€ 28.405.197,80	

	verbuchte Ausgaben	nicht verbuchte Ausgaben
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 28.178.855,68	
KASSA	€ 362.869,64	
PSK 7332.355	€ 666.492,75	
RB 9001	€ 196.741,79	
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	
BA-CA/Straßenbau	€ 962.503,37	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 173.387,90	
BA-CA/Pflegeheim	€ 50.614,85	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 113.154,60	
BA-CA/Organstrafen	€ 175.533,48	
BA-CA/Wertpapiere	€ 155,08	
BA-CA/Grundstücke	€ 19.062,91	
Baukonto ABA BA 17	€ 575.688,64	
Baukonto WVA BA 09	€ 300.572,01	
BA-CA-Spendenprojekt	€ 0,00	
HYPO Investmentbank AG	€ 0,00	
BA-CA/Kontokorrentkredit	€ 6.000.000,00	
Gesamtausgaben	€ 37.775.632,70	
Gesamteinnahmen- Gesamtausgaben	-€ 9.370.434,90	

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand und Sollbestand ergibt sich die Übereinstimmung.

III. Repräsentationsaufwendungen der Stadt:

Die ursprünglich für Mai 2011 vorgesehene Prüfung der Repräsentationsaufwendungen der Stadt wurde um den Verrechnungszeitraum Mai bis Juli 2011 ausgeweitet und am heutigen Tage durchgeführt.

A. Allgemeines

Es ist auf Basis der Ausführungen von Dir. Zimmermann und der von diesem vorbereiteten Unterlagen folgendes festzuhalten:

Als Repräsentationsaufwand werden Ausgaben der Stadtgemeinde im Zusammenhang mit Veranstaltungen für die Öffentlichkeit (z.B. Maibaumaufstellen), aus Anlass von Ehrungen (z.B. Goldene Hochzeiten, runde Geburtstage), Arbeitskonsumationen des Bürgermeisters und bestimmter Gemeindebediensteter oder aus anderen mit der Präsentation und Öffentlichkeitsarbeit der Stadtgemeinde verbundenen besonderen Anlässen (Festspiele, Weihnachtsfeier Feuerwehr etc.) betrachtet.

Die Ausgaben werden nicht auf einem speziellen Verrechnungskonto verbucht, sondern den Konten lt. Kontenplan nach sachlichen Gesichtspunkten zugeordnet (z.B. 1/0620-7680 Allg. Repräsentation, 1/0000-4300 Gemeinderat, 1/7820-7280 Presseaufwand etc.).

Auszahlungen über Gehaltskonten gibt es nur im Fall von Mehrdienstleistungen, Pauschale zu Repräsentationszwecken gibt es weder für den Bürgermeister noch für Gemeindebedienstete. Im Zeitraum Jänner bis Juli 2011 wurden für Repräsentationszwecke in Stockerau insgesamt € 22.097,48 aufgewendet. Am niedrigsten waren die Ausgaben im Belegsmonat März mit € 778,38, am höchsten im Belegsmonat Februar mit € 5.862,27.

B. Belegprüfung

Es wurde eine stichprobenartige Belegprüfung vorgenommen, wobei von jeder Fraktion drei Belege ausgewählt und anschließend in der Buchhaltung gemeinsam eingesehen wurden.

Von der FPÖ wurden folgende Belege ausgewählt:

AA/1.796 – keine Beanstandung

AA/2.432 – keine Beanstandung

AA/2.809 – keine Beanstandung. Hier ist allerdings festzuhalten, dass weder aus der Rechnung noch aus der Zahlungsanordnung ersichtlich ist, für welchen Anlass im Rahmen der Festspiele gegenständlicher Weinankauf erfolgt ist. Es wurde davon ausgegangen, dass es sich um die Premierenfeier handelte.

Von der ÖVP wurden folgende Belege ausgewählt:

RW 381 –Es handelt sich um die Kosten für die Musik beim Neujahrsempfang. Das der Zahlungsanordnung beigeheftete Dokument stellt keine Rechnung i.S. des UstG. und der Verrechnungsvorschriften dar. Steuer ist nicht ausgewiesen. Die Rechnung hätte nicht liquidiert werden dürfen. Es wird vorgeschlagen, vom Leistungserbringer eine ordnungsgemäße Rechnung nachzufordern.

AA/1.836 – keine Beanstandung

RW/3.915 – keine Beanstandung

Von der SPÖ wurden folgende Belege ausgewählt:

AA/237 – keine Beanstandung

AA/1.474 – keine Beanstandung

AA/2.433 – keine Beanstandung

Die sachliche Richtigkeit der Repräsentationsaufwendungen wird durch den Abteilungsleiter bzw. im Falle von Aufwenden der Gemeindeführung durch das Sekretariat des Bürgermeisters bestätigt.

Gemäß § 82 der NÖ Gemeindeordnung wurde dieser Bericht dem Bürgermeister und dem Buchhaltungsdirektor zugestellt.

Stellungnahme des Bürgermeisters und des Buchhaltungsdirektors:

Zu dem im Punkt B. (Belegprüfung) angeführten und geprüften Beleg RW/381 (Kosten für die Musik beim Neujahrsempfang) wird vom Leistungserbringer das erforderliche Schriftstück dem Prüfungsausschuss in der nächsten Sitzung vorgelegt. Da sich der zuständige Mit-

arbeiter derzeit im Urlaub befindet, konnte dies bis zum heutigen Tage noch nicht geklärt werden (06.09.2011).

Gemeinderat Falb: Als Vorsitzender des Prüfungsausschusses mache ich folgende, persönliche Anmerkungen. Ich glaube, dass die doch vorgeschlagene Vorgangsweise die ist, der der Intention des Prüfungsausschusses entspricht. Ich glaube, dass von der Gemeinde natürlich ordnungsgemäß versteuerte Rechnung grundsätzlich nur liquidiert werden sollen. Wir sind eine Gebietskörperschaft, brauchen Steuergeld und sollten auch danach trachten in unserer Gebarung, dass das Steuergeld für die Leistungen, die wir als Gemeinde empfangen, auch wirklich abgeführt wird.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

IV. Anträge des Bürgermeisters

1.) Pilotprojekt – Regionale Leitplanung A5/S1/A22 - Beitritt

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Amt der NÖ Landesregierung, Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr, beabsichtigt, mit den Gemeinden des Wiener Umlandes Strategien zur Raumentwicklung der Ostregion sowie eine Evaluierung der Raumordnungsinstrumente in Form eines Pilotprojektes durchzuführen.

Durch die Errichtung der S1 und der A5 hat sich die Standortgunst der Gemeinden im nördlichen Wiener Umland weiter erhöht. Der Region wird eine deutliche Bevölkerungszunahme bis 2030 vorhergesagt. Im Zuge des Pilotprojekts Regionale Leitplanung sollen daher die räumlichen Entwicklungsvorstellungen der Gemeinden abgestimmt und eine gemeinsame Strategie zur Raumentwicklung erarbeitet werden.

Im Sinne einer Positionierung des Weinviertels im internationalen Umfeld der Städte Wien-Brünn-Bratislava ist weiters ein Abgleich der Ergebnisse mit den Nachbarregionen vorgesehen.

Die Zielsetzungen des Pilotprojektes wurden im Zuge einer Präsentation wie folgt definiert:

- Leitgedanke – Kooperation auf Augenhöhe
- Erweiterung des Regionalen Raumordnungsprogramms um den Aspekt der Entwicklungsplanung
- Erhöhung der Effizienz und Einsparung von Kosten durch die Zusammenführung bestehender Planungsprozesse (gemeinsame Planungsschritte)
- Erhöhte Akzeptanz und bessere Zielerreichung durch den frühzeitigen und intensiven Dialog von Gemeinden, Region und Land
- Verringerung der Konkurrenz zwischen den Gemeinden
- Nachhaltige Nutzung der Chancen und Vermeidung negativer Folgen, die durch das Wachstum der Region entstehen.
- Gewährleistung einer Flächen und Kosten sparenden Raumnutzung
- Erprobung neuer Instrumente der Planung (Potentialmodell, Energieausweis,.....).
- Fachplanungsk Kooperationen z.B. im Bereich Wohnbau, Wasser, Energie o.ä.
- Erarbeitung einer abgestimmten NÖ Position zur Raumentwicklung für den Stadt-Umland-Dialog mit Wien.

Die prognostizierten Kosten für das Pilotprojekt betragen € 120.000,--, wobei vom Land gemäß Aufteilungsschlüssel 85 % und von den Gemeinden 15 % bezahlt werden.

Die Projektlaufzeit soll 1,5 bis 2 Jahre dauern.

Als Bemessungsgrundlage für den Gemeindeanteil wird pro Einwohner € 0,20 festgelegt.

Für die Stadtgemeinde Stockerau ergibt sich aufgrund der Einwohnerzahl von 15.392 ein Kostenanteil in der Höhe von € 3.078,--.

Die Stadtgemeinde Stockerau beteiligt sich am Pilotprojekt Regionale Leitplanung A5/S1/A22 mit einem Kostenanteil in der Höhe von € 3.078,--.

Stadtrat Hopfeld: Wer wird von der Stadtgemeinde abgestellt, der die Interessen unserer Stadt vertritt?

Bürgermeister Laab: Sinnvoll ist – der Leiter des Bauamtes, der Raumplaner und von der Kleiregion würde ich mich zur Verfügung stellen.

Stadtrat Moll: Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, die besondere Zustimmung zu diesem Pilotprojekt auszudrücken, denn ich glaube, dass es notwendig ist, sich für die Region und für den Bezirk und ebenfalls für den Teil Niederösterreichs nördlich von Wien Gedanken zu machen. Wie wir selbst alle miterleben, ist in der Vergangenheit und in der nächsten Zukunft mit einem gewaltigen Zuzug aus Wien zu rechnen. Daher ist eine raumordnerische Überlegung,

wie wir diesem Zuzug begegnen können, ohne unsere Strukturen aufgeben zu müssen, besonders zu begrüßen.

Bürgermeister Laab: Es sind 24 Gemeinden, die hier überregional diese Informationen bekommen, wie es sich in Zukunft entwickeln wird. Ich glaube, dass es sehr sinnvoll ist, dies zu machen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

2.) Aufhebung – Verordnung über ein NÖ Sozialhilfe-Raumordnungsprogramm

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vom Amt der NÖ Landesregierung wurde mit Schreiben vom 16.06.2011 der Entwurf einer Aufhebung der Verordnung über ein NÖ Sozialhilfe Raumordnungsprogramm übermittelt. Gleichzeitig wurde eine Kundmachung über die beabsichtigte Aufhebung, mit der Bitte um Anbringung an die Amtstafel, übermittelt.

Die Kundmachung wurde in der Zeit vom 08.07.2011 bis 22.7.2011 an der Amtstafel kundgemacht.

Die Stellungnahme der Gemeinde zur gegenständlichen Verordnung obliegt dem Gemeinderat.

Rechtzeitig abgegebene Stellungnahmen werden in Erwägung gezogen. Es besteht jedoch kein Rechtsanspruch darauf, dass die Anregung Berücksichtigung findet.

Die Aufhebung der Verordnung über ein NÖ Sozialhilfe-Raumordnungsprogramm soll zur Kenntnis genommen werden.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

3.) Richtlinien über die Durchführung der Ehrungen der Stadtgemeinde Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau hat in seiner Sitzung am 11.09.1979 Richtlinien (Statut) über die Durchführung der Ehrungen der Stadtgemeinde Stockerau beschlossen.

Nun sollen die Richtlinien abgeändert werden, z.B. Verkürzung der Jahre bei der Wirtschaftsmedaille, Änderung bei der Helfedienstmedaille, Ergänzung beim Kulturehrenzeichen, Aufnahme einer Sozialdienstmedaille und einer Medaille „Stockerau dankt“.

Die Richtlinien sollen beschlossen werden und alle diesbezüglich vorangegangenen Beschlüsse verlieren ihre Gültigkeit

**Richtlinien
über die Durchführung
der Ehrungen der Stadtgemeinde Stockerau**

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau hat am 7. September 2011 beschlossen, dass folgende Ehrungen vorgenommen werden können. Gleichzeitig verlieren alle diesbezüglich vorangegangenen Beschlüsse ihre Gültigkeit.

§ 1 Einführung

- 1.1 Ehrenbürgerschaft
- 1.2 Ehrenring
- 1.3 Ehrennadel

- 1.4 Wirtschaftsmedaille
- 1.5 Kulturehrenzeichen
- 1.6 Sportehrenzeichen
- 1.7 Helfedienstmedaille
- 1.8 Sozialdienstmedaille
- 1.9 Medaille „Stockerau dankt“

§ 2 Ehrenbürgerschaft der Stadt Stockerau

Die Ehrenbürgerschaft der Stadt Stockerau wird gemäß § 17 Abs. 2 der GO verliehen.

§ 3 Ehrenring der Stadt Stockerau

Gemeindebürgern bzw. Personen, die sich um die Stadt Stockerau besondere Verdienste erworben haben, können mit dem Ehrenring der Stadt Stockerau ausgezeichnet werden.

3.1 Ausführung des Ehrenringes:

Ein Massiv-Goldring mit einem gefassten schwarzen Stein. Als Auflage in Gold – Wappen der Stadt Stockerau.

§ 4 Ehrennadel

Gemeindebürgern, die sich durch ihre Tätigkeit in Vereinen und Verbänden, sowie alle Personen, die sich um die Stadtgemeinde Stockerau besondere Verdienste erworben haben, kann die Ehrennadel in Gold, Silber bzw. Bronze verliehen werden.

- | | | |
|------------|-----------|--|
| 4.1 | In Gold | für mindestens 25-jährige Tätigkeit im Gemeinderat bzw. in einem Verein oder Verband, soweit keine spezielle Ehrung möglich ist. |
| | In Silber | für mindestens 15-jährige Tätigkeit im Gemeinderat bzw. in einem Verein oder Verband, soweit keine spezielle Ehrung möglich ist. |
| | In Bronze | für mindestens 10-jährige Tätigkeit im Gemeinderat bzw. in einem Verein oder Verband, soweit keine spezielle Ehrung möglich ist. |

4.2 Antragsberechtigt sind die Vereine und Verbände der Stadt Stockerau und die Mitglieder des Gemeinderates.

4.3 Ausführung der Ehrennadel:

Anstecknadel in Gold, Silber, oder Bronze
Vorderseite: Stadtwappen in Etui.

§ 5 Wirtschaftsmedaille

Personen, die sich durch langjährige Tätigkeit in der Stockerauer Wirtschaft besondere Verdienste erworben haben, kann die Wirtschaftsmedaille in Gold, Silber oder Bronze verliehen werden.

- 5.1**
- | | |
|-----------|---|
| In Gold | für mindestens 25 jährige- Tätigkeit in der Wirtschaft; |
| In Silber | für mindestens 15 jährige- Tätigkeit in der Wirtschaft; |
| In Bronze | für mindestens 10 jährige- Tätigkeit in der Wirtschaft; |

5.2 Antragsberechtigt sind für Arbeitnehmer die freiwilligen bzw. gesetzlichen Interessenvertretungen (ÖGB, AK), für Wirtschaftstreibende ebenso die freiwilligen bzw. gesetzlichen Interessenvertretungen (Handelskammer) und die Mitglieder des Gemeinderates.

- 5.3 Ausführung der Wirtschaftsmedaille:**
Medaille in Gold, Silber oder Bronze in Etui
Vorderseite: Stadtwappen geprägt

§ 6 Kultur Ehrenzeichen

Gemeindebürgern, sowie allen im Stockerauer Kulturgesehehen tätigen Personen, kann das Kultur-Ehrenzeichen verliehen werden.

- 6.1**
- | | |
|-----------|--|
| In Gold | für besondere Verdienste als Kulturschaffender (Schriftsteller, bildender Künstler, Musiker) oder
25 Jahre Tätigkeit in einem Verein oder einer Organisation |
| In Silber | für besondere Verdienste im Rahmen der Stockerauer Kulturvereine (Musikschule, Museum, Festspiele) oder
15 Jahre Tätigkeit in einem Verein oder einer Organisation |
| In Bronze | für langjährige Tätigkeit im Rahmen der Stockerauer Kulturvereine (Musikschule, Museum, Festspiele) oder
10 Jahre Tätigkeit in einem Verein oder einer Organisation |

6.2 Antragsberechtigt sind die Kulturvereine und kulturellen Organisationen sowie die Mitglieder des Gemeinderates.

- 6.3 Ausführung der Kulturehrenzeichen:**
Medaille in Gold, Silber oder Bronze in Etui;
Vorderseite: Stadtwappen geprägt

§ 7 Sportehrenzeichen

Das Sportehrenzeichen der Stadt Stockerau kann an Personen verliehen werden, die besondere Verdienste um den Sport in Stockerau erworben haben.

- 7.1** In Gold kann verliehen werden, wenn der Betreffende Österreich in der allgemeinen Klasse bei Olympischen Spielen, Welt- oder Europa-meisterschaften vertreten hat;
- In Silber wenn der Betreffende in der allgemeinen Klasse eine österreichische Meisterschaft gewonnen bzw. mindestens dreimal eine Landes-meisterschaft gewonnen hat;
- In Bronze wenn der Betreffende in der allg. Klasse eine niederösterreichische Landesmeisterschaft gewonnen hat.

7.2 Antragsberechtigt sind die anerkannten Stockerauer Turn- und Sportvereine und die Mitglieder des Gemeinderates

7.3 Ausführung des Sportehrenzeichens:

Medaille in Gold, Silber oder Bronze mit Lorbeer und Etui
Vorderseite: Stadtwappen geprägt.

7.4 Das Sportehrenzeichen OHNE LORBEER kann an SPORTFUNKTIONÄRE verliehen werden.

- In Gold wenn der Betroffene auf eine 25-jährige führende Tätigkeit in einem Stockerauer Sportverein verweisen kann und Außerordentliches für den Sport geleistet hat;
- In Silber nach 15-jähriger Tätigkeit
- In Bronze nach 10-jähriger Tätigkeit

7.5 Antragsberechtigt sind die anerkannten Stockerauer Turn- und Sportverein sowie die Mitglieder des Gemeinderates

7.6 Ausführung des Sportehrenzeichens:

Medaille in Gold, Silber und Bronze ohne Lorbeer in einem Etui;
Vorderseite: Stadtwappen geprägt.

§ 8 Hilfedienstmedaille

Die Hilfedienstmedaille kann an Personen verliehen werden, wenn sich die vorgeschlagene Person besondere Verdienste im Rahmen der Feuerwehr, des Rettungswesens, der Polizei und ähnlicher allgemeiner Hilfseinrichtungen erworben hat.

- 8.1** In Gold FF: 300 Einsätze oder mindestens 15- jährige Tätigkeit mit überdurchschnittlichen Leistungen als Kommandomitglied
RK: 3000 geleistete Dienste im Rettungs- und Krankentransport oder mindestens 15- jährige Tätigkeit im Ausschuss.
Für Lebensretter bzw. außerordentliche Hilfsleistungen.
- In Silber FF: 100 Einsätze oder mindestens 10- jährige Tätigkeit mit überdurchschnittlichen Leistungen als Kommandomitglied
RK: 1000 geleistete Dienste im rettungs- und Krankentransport oder mindestens 10- jährige Tätigkeit im Ausschuss.
Für Angehörige der Polizei, die mindestens 5 Jahre hindurch in

	Stockerau ihren Dienst (mit überdurchschnittlichen Leistungen) versehen haben.
In Bronze	FF: 50 Einsätze im Feuerwehrdienst oder mindestens 5- jährige Tätigkeit mit überdurchschnittlichen Leistungen als Kommando- mitglied RK: 500 geleistete Dienste im Rettungs- oder Krankentransport oder mindestens 5-jährige Tätigkeit.

8.2 Antragsberechtigt ist das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr Stockerau, die Bezirksstelle des Roten Kreuzes, das Kommando des Polizeipostens Stockerau. dgl. sowie die Mitglieder des Gemeinderates.

8.3 Ausführung der Hilfedienstmedaille:

Medaille in Gold, Silber oder Bronze;
Vorderseite: Stadtwappen geprägt;
Aufhängeband: Grün-Weiß mit Ordensspange.

§ 9 Sozialdienstmedaille

Die Sozialdienstmedaille kann an Personen verliehen werden, wenn sich die vorgeschlagene Person besondere Verdienste im Rahmen einer Sozial- oder Hilfseinrichtung und ähnlicher allgemeiner Hilfseinrichtungen erworben hat.

9.1 In Gold	Für mindestens 10- jährige Tätigkeit in einer in Stockerau tätigen Sozialeinrichtung
In Silber	Für mindestens 5-jährige Tätigkeit in einer in Stockerau tätigen Sozialeinrichtung
In Bronze	Für eine Tätigkeit bis zu 5 Jahre in einer in Stockerau tätigen Sozialeinrichtung

9.2 Antragsberechtigt sind die in Stockerau tätigen Sozialvereine und -organisationen, wie Caritas, Hilfswerk, Volkshilfe, Hospiz u. dgl. sowie die Mitglieder des Gemeinderates.

9.3 Ausführung der Sozialdienstmedaille:

Medaille in Gold, Silber oder Bronze in einem Etui
Vorderseite: Stadtwappen geprägt;

§ 10 Medaille „Stockerau dankt“

Die Medaille „Stockerau dankt“ kann Personen verliehen werden, die sich auf welche Weise auch immer um die Stadt Stockerau verdient gemacht oder im beruflichen oder privaten Leben Leistungen erbracht haben, die das Ansehen der Stadt steigern oder die Zivilcourage in außergewöhnlichem Ausmaß bewiesen haben.

10.1 Antragsberechtigt sind die Mitglieder des Gemeinderates

10.2 Ausführung der Medaille „Stockerau dankt“:

Medaille in Silber in einem Etui;

Vorderseite: Motiv des Stockerauer Wappens und der Schriftzug „Stockerau dankt“ geprägt.

§ 11 Antragsstellung

11.1 Die vorgesehene Ehrung ist durch das zuständige, antragsberechtigte Gremium bei der Stadtgemeinde Stockerau zu beantragen und ausreichend zu begründen.

11.2 Die Leistungen, die für die jeweiligen Auszeichnungen gefordert werden, müssen nach 1945 erbracht worden sein. Ausgenommen sind Anträge nach §5 und §8.

§ 12 Verleihung

12.1 Auf Antrag des Stadtrates beschließt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau die Ehrung. Alle Vorbereitungen sind streng vertraulich vorzunehmen.

12.2 Der Beschluss nach § 2 (Ehrenbürgerrecht der Stadt Stockerau) erfordert eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen.
Der Beschluss über alle übrigen Ehrungen erfordert eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

12.3 Vor der Beschlussfassung durch den Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau ist die für eine Ehrung vorgesehene Person vom Bürgermeister der Stadtgemeinde Stockerau oder dessen Beauftragten zu befragen, ob sie die Ehrung anzunehmen denkt.

12.4 Die Vornahme von Ehrungen durch die Stadtgemeinde Stockerau begründet weder Sonderrecht, noch irgendwelche finanzielle Leistungen der Stadtgemeinde Stockerau.

12.5 Über die vorgenommenen Ehrungen sind durch die Stadtgemeinde Aufzeichnungen zu führen. Über die Verleihung von Verdienstmedaillen nach §8 sind zusätzlich durch den Abschnittskommandanten, sowie nach § 8 durch den Bezirksstellenleiter des Roten Kreuzes von Stockerau Aufzeichnungen zu führen.

Es besteht kein Anspruch auf eine bestimmte Ehrung.

§ 13 Die Übergabe

Die Vornahme der Ehrungen erfolgt durch den Bürgermeister der Stadtgemeinde Stockerau aus Anlass eines feierlichen Ereignisses der Stadtgemeinde Stockerau.

§ 14 Eigentum

- 14.1** Jede durch die Stadtgemeinde Stockerau ausgezeichnete Person ist berechtigt, sich als Träger dieser Auszeichnung zu bezeichnen.
- 14.2** Das durch die Stadtgemeinde Stockerau verliehene Ehrenzeichen und die Verleihungsurkunde sind Eigentum des Ausgezeichneten. Sie gehen nach seinem Tode den Besitz seiner Rechtsnachfolger über.
- 14.3** Die Rechtsnachfolger der durch die Stadtgemeinde Stockerau Ausgezeichneten sind nicht berechtigt, sich als Träger dieser Auszeichnung zu benennen oder das durch die Stadtgemeinde verliehene Ehrenzeichen zu tragen.
- 14.4** Die ANSTECKNADEL wird den Geehrten zugleich mit den jeweiligen Ehrenzeichen verliehen, Duplikate können zum Selbstkostenpreis von den Berechtigten in beliebiger Zahl erworben werden.

Stadtrat Kronberger: Möchte positiv anmerken, dass die Angleichung bei der Hilfedienstmedaille und bei der Sozialdienstmedaille, für die 10-jährige Tätigkeit bereits Gold zu verleihen, aufgenommen wurde, und dass die Funktionäre von Kulturvereinen nicht gänzlich leer ausgehen. Die waren in der Erstfassung eigentlich nicht vorgesehen.

Stadtrat Moll: Neben diesem positiven Aspekt gibt es meiner Meinung nach einen negativen Aspekt, und zwar, was mir persönlich nicht gefällt. Das ist die Reduktion der Zeiten bei den Wirtschaftsmedaillen. Und zwar aus dem ganz einfachen Grund, ich denke, dass eine Goldmedaille etwas Besonderes ist. Dass man hier durch eine Reduktion der Zeiten, nach der man sie erreichen kann, nicht zu einer Inflation an Ehrungen führen sollte, denn das würde auch für die bisher Geehrten und für die bisherigen Ehrenträger eine gewisse Abwertung bedeuten. Ich würde es lieber sehen, wenn wir die alte Regelung nur im Bereich der Wirtschaftsmedaille von 35, 25 und 15 Jahren beibehalten.

Die Anregung von Gemeinderat Falb, dass es den Auszeichnungen keinen Unterschied zwischen In- und Ausländer geben soll und somit wird beim Sportehrenzeichen "unabhängig der Staatsbürgerschaft" gestrichen. Bei den anderen Ehrenzeichen steht es nicht dabei. Dies ist in den oben angeführten Richtlinien bereits korrigiert.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3

4.) Garagenordnung – Parkdeck, Landstraße

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Juni dieses Jahres wurde die Schrankenanlage des Parkdecks in der Landstraße erneuert. Im Zuge diverser Besprechungen wurde uns bekannt, dass eine Garagenordnung schon im Hinblick auf das wiederholte Verparken der Brandschutztüren etc. notwendig und sinnvoll wäre.

In Anlehnung an die bereits bestehende und beschlossene Garagenordnung für das Parkdeck Rögergasse soll die vorliegende Garagenordnung beschlossen.

Garagenordnung

Gem. § 35 Z 1 und Z 19 der NÖ Gemeindeordnung 1996 wird verfügt:

Garagen-Ordnung für das Parkdeck in der Landstraße 16

1.

Im Parkdeck darf nur im Schrittempo gefahren werden. Die Straßenverkehrsordnung gilt sinngemäß.

2.

Das Abstellen von Fahrzeugen ist nur auf den markierten Parkplätzen gestattet „Reservierte Plätze“ sind freizuhalten.

3.

Anordnungen des Garagenaufsichtspersonals ist Folge zu leisten.

4.

Jede Behinderung anderer Fahrzeuglenker (Abstand zwischen den Fahrzeugen, Verstellen von Fahrzeugen und Brandschutztüren) ist zu unterlassen.

5.

Nach Abstellen des Fahrzeuges ist der Motor sofort abzustellen. Lenker und sonstige Fahrzeuginsassen haben das Parkdeck unmittelbar zu verlassen. Ein längerer Aufenthalt im Parkdeck und in den Stiegenhäusern ist nicht gestattet.

6.

Jeder verursachte Schaden, sei es am Gebäude oder einem anderen Fahrzeug, ist der Liegenschaftsverwaltung der Stadtgemeinde Stockerau (Herr Geyer 02266/695-2100) zu melden sowie der örtlichen Polizeidienststelle anzuzeigen. (Abgestellte Fahrzeuge sind gegenüber Schäden durch Dritte seitens des Betreibers nicht versichert!).

7.

Die Durchführung von Reparaturen, das Reinigen (Waschen) von Fahrzeugen sowie jede andere Verunreinigung des Parkdecks ist verboten. Jeder Fahrzeuglenker hat dafür Sorge zu tragen, dass ein übermäßiger Austritt von Flüssigkeiten, insbesondere der Austritt von Öl aus dem Fahrzeug vermieden wird. Er hat allfällig aus dem Fahrzeug ausgeflossenes Öl der Liegenschaftsverwaltung der Stadtgemeinde Stockerau zu melden bzw. umgehend zu entfernen.

8.

Jede widmungswidrige Verwendung der Abstellflächen insbesondere der Zu- und Abfahrten ist ebenso wie die Deponierung von brand- bzw. explosionsgefährlichen oder sonst gesundheitsgefährdenden Stoffen ist verboten. Um Störungen der Schrankenanlage zu vermeiden ist das Befahren der Tiefgarage mit Nichtkraftfahrzeugen (Fahrrädern, Rollschuhen, Rollern, Skateboards, Inline-Skates, Modellautos etc.) untersagt.

9.

Jede Lärmbelästigung (laufender Motor, lautes Radio etc.) und sonstige Störungen sind untersagt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

5.) Antrag um Aufnahme in den Städteverein Donau NÖ

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluss vom 2. Dezember 2010 hat der Gemeinderat der Stadt Stockerau den Austritt aus dem Städteverein Donau NÖ beschlossen (Beschluss in Kopie angeschlossen).

Es folgte eine Generalversammlung der Donau NÖ, in der der Austritt der Stadtgemeinden Korneuburg und Stockerau zur Kenntnis genommen wurde.

In mehreren Besprechungen einerseits mit Herrn Mag. Bernhard Schröder (Geschäftsführer der Donau Niederösterreich Tourismus GmbH) und Herrn Hannes Weitschacher (Destination Weinviertel) stellte sich heraus, dass die angedachte Werbekooperation mit der Destination Donau bei einer Vollmitgliedschaft im Weinviertel nicht realisierbar ist, weil reine Werbekooperationen generell nicht mehr gemacht werden.

Da grundsätzlich die Mitgliedschaft aller in einer Kleinregion/Leaderregion vertretenen Gemeinden in der gleichen Destination angestrebt werden soll, wurden die Weichen in Richtung Mitgliedschaft zur Destination Weinviertel bereits gestellt und eine entsprechende Abstimmung mit dem Fremdenverkehrsverband Kreuzenstein vorgenommen

Da aber unbestreitbar große Vorteile wie z.B. die internationale Vermarktung und das Incoming-Büro über die Destination Donau gezogen werden, ist auch die Mitgliedschaft zu dieser Destination über den Städteverein Donau NÖ anzustreben. In diesem Zusammenhang liegt auch ein Angebot für die Übernahme eines Sitzes im Marketingbeirat Donau NÖ Tourismus GmbH und im Aufsichtsrat der GmbH durch die Stadtgemeinde Stockerau vor.

Die Donau Tourismus GmbH und die Destination Weinviertel unterbreiteten jedoch sowohl der Stadtgemeinde Korneuburg als auch der Stadtgemeinde Stockerau ein gemeinsames Angebot: bei gleichem Mitgliedsbeitrag wie bisher wird beiden Gemeinden die Vollmitgliedschaft in beiden Destinationen angeboten (eine inhaltliche Präzisierung angeschlossen).

Die Stadtgemeinde Stockerau stellt den Antrag auf Aufnahme in den Städteverein Donau NÖ mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2012.

Stadtrat Hopfeld: Von der ÖVP-Fraktion möchte ich sagen, dass wir sehr froh sind, dass die Tagesordnungspunkte 5 und 6 aufgenommen wurden. Städteverein Donau ist für uns wichtig, weil wir die Donau als einzige international vermarkten können. Die Aufnahme in den Tourismusverband Kreuzenstein ist für uns wichtig, um den Tagestourismus vermarkten zu können. Ich bin froh, dass die Variante gewählt wurde, dass wir in beiden vertreten sind.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

6.) Antrag um Aufnahme in den Tourismusverband Kreuzenstein

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluss vom 2. Dezember 2010 hat der Gemeinderat der Stadt Stockerau den Austritt aus dem Städteverein Donau NÖ beschlossen.

Es folgte eine Generalversammlung der Donau NÖ, in der der Austritt der Stadtgemeinden Korneuburg und Stockerau zur Kenntnis genommen wurde.

Da grundsätzlich die Mitgliedschaft aller in einer Kleinregion/Leaderregion vertretenen Gemeinden in der gleichen Destination angestrebt werden soll, wurden die Weichen in Richtung Mitgliedschaft zur Destination Weinviertel bereits gestellt und eine entsprechende Abstimmung mit dem Fremdenverkehrsverband Kreuzenstein vorgenommen.

Die Donau Tourismus GmbH und die Destination Weinviertel unterbreiteten jedoch sowohl der Stadtgemeinde Korneuburg als auch der Stadtgemeinde Stockerau ein gemeinsames Angebot: bei gleichem Mitgliedsbeitrag wie bisher wird beiden Gemeinden die Vollmitgliedschaft in beiden Destinationen angeboten (eine inhaltliche Präzisierung angeschlossen).

Die Stadtgemeinde Stockerau stellt den Antrag auf Aufnahme in den Tourismusverband Kreuzenstein mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2012.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

7.) Nutzungsvertrag mit NÖ Hilfswerk – Kinderbetreuung in Räumlichkeiten Schulweg 3

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau ist Eigentümerin der Liegenschaft Stockerau, Schulweg 3 – Volksschule West.

Im Kellergeschoss des Gebäudes der Volksschule West sollen dem NÖ Hilfswerk lt. Nutzungsvertrag Räumlichkeiten zur Betreuung eines Schülertreffs überlassen werden.

Der Nutzungsvertrag soll ab 05.09.2011 auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich möchte dazu nur erklärend feststellen, weil wir auch das Thema Hort und Kinderbetreuung schon des Öfteren im Gemeinderat diskutiert haben, dass es bei diesem Nutzungsvertrag um die Räumlichkeiten geht, die der Hort des Hilfswerks schon länger nützt, im Keller der Volksschule West. Dass in diesem Nutzungsvertrag noch zusätzlich steht, dass der Hort auch drei Schulklassen nutzen kann, worüber wir sehr froh sind. Zusätzliche Räumlichkeiten für eine weitere Gruppe bekommt der Hort des Hilfswerks in der ehemaligen Bundesgebäudeverwaltung. Das ist ein KIG-Gebäude, hier wird es einen Nutzungsvertrag mit der KIG geben. Dieser Nutzungsvertrag ist deshalb, damit dies ordnungsgemäß dargelegt wird. Der Wunsch, irgendwann einmal mit dem gesamten Hort aus den Kellerräumen heraus zu kommen, ist nach wie vor da.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

8.) Verleihung des Sportehrenzeichens in Gold an HR Antl Leopold

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der Voraussetzungen lt. Verleihungsrichtlinien und des Ansuchens vom ASKÖ, Ortsgruppe Stockerau wird vorgeschlagen,

Herrn HR Leopold ANTL
das
Sportehrenzeichen in Gold
(ohne Lorbeer)

zu verleihen.

Herr HR Antl Leopold hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr viel für den Sport in Stockerau eingesetzt. Als Stadtrat für Sport und Freizeit war er viele Jahre erfolgreich tätig. Sein Engagement reicht auch über die Stadtgrenzen hinaus.

Stadtrat Moser: Ich darf namens meiner Fraktion mitteilen, dass wir diesen Vorschlag mit vollem Herzen unterstützen. Ein Mann, der Jahrzehnte den Sport in unserer Stadt publik gemacht hat, als aktiver Sportler, als Sportfunktionär und zuletzt als Sportstadtrat. Ein Mann, der mehr oder weniger jedes Wochenende diverse Veranstaltungen besucht hat, einen Kontakt zu den Vereinen gesucht hat. Ich darf im Namen meiner Fraktion ein herzliches Danke sagen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

9.) Verleihung der Wirtschaftsmedaille in Gold an Lukas Adolf

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Am 1. November 1971 eröffnete Adolf Lukas sein Gasthaus in der Brodschildstraße.
Von 1986 bis 2011 war er Pächter des Sportrestaurants Alte Au.
Zwischen 1999 und 2004 führte er auch das Haubenlokal „Bräuhaus“. In diese Jahre fällt auch der höchste Mitarbeiterstand mit 36 Personen.
Zehn Lehrlinge hat Adolf Lukas in den vergangenen vierzig Jahren in seinem Unternehmen ausgebildet.
Bei zahlreichen offiziellen Anlässen wie Stadtfesten etc. hat er regelmäßig mitgewirkt.

Es wird daher vorgeschlagen,

Herrn Adolf LUKAS
aus Anlass seines vierzigjährigen Firmenjubiläums in Stockerau die

Wirtschaftsmedaille in Gold

zu verleihen.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	1 (Maurer)
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	2

10.) Verleihung der Medaille „Stockerau dankt“ an Dir. Pasquali Maria

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit dem Beginn des neuen Schuljahres wird auch ein Wechsel in der Leitung der Fachschule für Sozialberufe und der einjährigen Wirtschaftsfachschule wirksam, die langjährige Direktorin der Schule, Studienrätin Maria Pasquali, geht mit 31. August 2011 in Pension.

42 Jahre war sie Lehrerin, davon 23 Jahre Direktorin der Fachschule für Sozialberufe und der einjährigen Wirtschaftsfachschule in Stockerau. Unter der Leitung von Maria Pasquali nahm die Sozialschule an zahlreichen Veranstaltungen in unserer Stadt teil, vor allem ist hier auch die Zusammenarbeit mit einer weißrussischen Schule besonders zu erwähnen. Zu ihren größten beruflichen Erfolgen zählt sicher die Gründung der 3-jährigen Fachschule für Sozialberufe im Jahr 1998.

Für dieses langjährige, erfolgreiche Wirken in unserer Stadt soll

Frau Direktor Studienrätin Maria Pasquali

die

Medaille „Stockerau dankt“

verliehen werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

11.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen der Volkshilfe Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens der Volkshilfe Stockerau sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, nachstehenden Personen, die **seit mindestens 10 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

Sozialdienstmedaille in Gold

zu verleihen, und zwar an

BACHHEIMER Karl, Franz Schuhmeierstraße 13
BASTL Edeltraud, Schubertgasse 28/7
EICHBERGER Wilhelm, A. Kolpingstraße 54/2
FEMBÖCK Karl, Ed. Röschstraße 1/6/46
HARMER Margit, Mozartgasse 13
HUBER Gertrude, Joh. Gutenberggasse 3
KRONBERGER Gerda, Dag Hammerskjöldgasse 1/7
STEINBÖCK Rudolf, A. Kolpingstraße 39
STRAMBACH Edith, Dag Hammerskjöldgasse 1/11

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

**12.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an
MitarbeiterInnen des Hilfswerkes Stockerau**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens des Hilfswerkes Stockerau sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, nachstehenden Personen, die **seit mindestens 5 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

Sozialdienstmedaille in Silber

zu verleihen, und zwar an

KEPL Rudolf, Ed. Eyslergasse 12

PICHA Christine, Ed. Eyslergasse 12

Weiters wird ersucht, nachstehenden Personen, die **seit mindestens 10 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

Sozialdienstmedaille in Gold

zu verleihen, und zwar an

GSCHAIDER Edith, Ed. Röschstraße 75

FLANDORFER Katharina, Th. Pampichlerstraße 4/1

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

13.) Ehrungen an Stadt- und Gemeinderäte

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Gemeinderat und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadtgemeinde Stockerau sollen durch den Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau folgende Personen geehrt werden.

Ehrennadel in Bronze

Herrn Stadtrat a.D. DI Franz IHM

10 Jahre im Gemeinderat

Gemeinderat vom 17.07.2001 bis 27.04.2010

Stadtrat vom 27.04.2010 bis 04.03.2011

Weiters soll **Dank und Anerkennung** ausgesprochen werden,
an:

Herrn Gemeinderat a.D. Michael KAINZ

1 Jahr im Gemeinderat (GR: 27.04.2010 - 30.04.2011)

Herrn Gemeinderat a.D. Mag. (FH) Thomas SEBESTA

5 Jahre im Gemeinderat (31.03.2005 – 27.10.2010)

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

15.) Löschungserklärung – Reicher DI Dr. Roland und Mag. Michaela

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem DI Dr. Reicher Roland, geb. 03.05.1966 und der Mag. Reicher Michaela, geb. 03.06.1977 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 5759 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 5759 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

15.) Löschungserklärung – Mailer DI Dr. Markus und Mag. Iris

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Mailer DI Dr. Markus, geb. 03.01.1970 und der Mailer Mag. Iris geb. 25.01.1971 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 5738 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 5738 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

16.) Resolution zur Sicherung kommunaler Grundversorgung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemeinden und Städte erfüllen eine Vielzahl von wichtigen Aufgaben und Dienstleistungen, die für ein erfülltes Leben notwendig sind.

In den letzten Jahren haben Gemeinden und Städte immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, ohne dabei die notwendigen finanziellen Mittel zu erhalten. Die Kommunen haben in der Vergangenheit bereits durch Verwaltungs- und Personaleinsparungen ihre Aufwendungen reduziert. Da weitere Effizienzsteigerungen über Einsparungen kaum mehr realisierbar sind, stehen Leistungseinsparungen für die Bevölkerung im Raum.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe hat daher gemeinsam mit der Allianz „Wege aus der Krise“ die Initiative ergriffen, in einer Gemeinderesolution ausreichende Finanzierung der Gemeinden und Maßnahmen zur Absicherung der kommunalen Dienstleistungen für die BürgerInnen zu fordern.

Die Stadtgemeinde Stockerau schließt sich der Forderung an, dass

- eine faire Mittelaufteilung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften erfolgt;
- zusätzliches Geld aus dem Bundesbudget eingesetzt wird, um öffentliche Dienstleistungen (Altenpflege, Gesundheitsdienste etc.) und kommunale Investitionen (öffentlicher Verkehr, Infrastruktur etc.) in die öffentliche Daseinsvorsorge sicher zu stellen und auszubauen;
- eine Modernisierung der gemeindeeigenen Abgaben (z.B. Aktualisierung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer) erfolgt;
- Vermögen, Vermögenseinkommen bzw. Vermögenszuwächse wie Zinsen, Dividenden, Kursgewinne oder Fondserträge grundsätzlich nicht geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen;
- Finanztransaktionen EU-weit beteuert werden.

Resolution zur Sicherung kommunaler Grundversorgung
Unterstützt durch Gemeinderat bzw. den Bürgermeister/die Bürgermeisterin von

Öffentliche Dienstleistungen sind ein wesentlicher Bestandteil des österreichischen Wirtschafts- und Sozialsystems. BürgerInnen und Unternehmen erwarten zu Recht, dass eine umfangreiche Palette von zuverlässigen, stabilen und effizienten öffentlichen Dienstleistungen in hoher Qualität und zu erschwinglichen Preisen verfügbar ist. Öffentliche Dienste sorgen dafür, dass kollektive Bedürfnisse und Interessen – Aufgaben des Gemeinwohls – bedient werden können. Die österreichischen Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände spielen bei der Erbringung dieser Dienstleistungen eine bedeutende Rolle.

Darüber hinaus haben die österreichischen Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bewältigung bzw. Abfederung der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle gespielt – unter anderem durch ihre Investitionstätigkeit vor Ort.

Demgegenüber steht eine immer geringer werdende Finanzierung dieser Aufgaben seitens der öffentlichen Hand. Seit Jahren werden die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen in Österreich zunehmend eingeeengt. Die Kommunen sehen sich aufgrund der von ihnen zu erbringenden notwendigen Leistungen für die Bevölkerung mit steigenden finanziellen Belastungen konfrontiert, ohne hierfür einen entsprechenden Ausgleich im Rahmen des Finanzausgleichs zu erhalten. Die Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise belasten die öffentlichen Haushalte zusätzlich und verschärfen die ohnehin angespannte Situation für die Kommunen noch weiter.

Schon bisher hat die kommunale Ebene versucht, durch Verwaltungs- und Personaleinsparungen ihrer prekären finanziellen Lage zu begegnen. Da weitere Effizienzsteigerungen über Einsparungen kaum mehr realisierbar sind, stehen Leistungseinsparungen für die Bevölkerung im Raum. Die Leistungen der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände sind akut bedroht, wenn nicht rasch strukturelle und finanzielle Maßnahmen ergriffen werden.

Damit auch in Zukunft die Erbringung der öffentlichen Aufgaben durch die Kommunen gewährleistet ist, muss daher eine verteilungsgerechtere und breitere Finanzierung der Staatsausgaben durch den Ausbau vermögensbezogener Steuern erfolgen.

Die Gemeinde schließt sich der Forderung an, dass

- eine faire Mittelaufteilung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften erfolgt.
- zusätzliches Geld aus dem Bundesbudget eingesetzt wird, um öffentliche Dienstleistungen (Altenpflege, Gesundheitsdienste etc.) und kommunale Investitionen (öffentlicher Verkehr, Infrastruktur etc.) in die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen und auszubauen.
- eine Modernisierung der gemeindeeigenen Abgaben (z.B. Aktualisierung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer) erfolgt.
- Vermögen, Vermögenseinkommen bzw. Vermögenszuwächse wie Zinsen, Dividenden, Kursgewinne oder Fondserträge grundsätzlich nicht geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen.
- Finanztransaktionen EU-weit besteuert werden.

Mit den daraus resultierenden Einnahmen bzw. frei werdenden Mitteln sollen zahlreiche gesellschaftlich wertvolle Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, erneuerbare Energien, thermische Gebäudesanierung und Gemeindedienstleistungen finanziert werden. Die Kommunen sind dadurch finanziell in der Lage, ihren Beitrag zu leisten, um zahllose Menschen in Österreich aus der Armut und Armutsgefährdung zu holen, die Nachfrage zu stärken, die Situation am Arbeitsmarkt spürbar zu entspannen und damit das gesellschaftliche Klima – ohne große VerliererInnen – zu verbessern.

Gemeinderat Falb: Die Fraktion der ÖVP wird diese Resolution nicht unterstützen. Es ist viel Wahres, vieles, was auf großer, politischer Ebene auch diskutiert und gestritten wird, aber es gibt sehr wohl zwei Punkte, die uns als Gemeinde angehen.

Das 1. ist die Behauptung, die im Text zweimal vorhanden ist, dass Effizienzsteigerungen über Einsparungen kaum mehr realisierbar sind. Das glauben wir nicht.

Das 2., was uns stört, ist – eine Modernisierung der gemeindeeigenen Abgaben z.B. Aktualisierung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer. Modernisierung ist hier ein Codewort für Erhöhung. Gegen diese Erhöhung sind wir massiv. Ich glaube auch, dass die Gemeinde als Anwalt der Gemeindebürger sich eher dagegen als dafür einsetzen sollte.

Deswegen werden wir diese Resolution nicht mittragen.

Stadtrat Moll: Dieses an Altbürgermeister gerichtete Schreiben ist in Wirklichkeit nichts Anderes als ein Versuch, hohe Bundespolitik in die Gemeindestube zu tragen. Wenn man die Mittelaufbringung, die hier vorgeschlagen wird, erkennt, nämlich Ausbau vermögensbezogener Steuern, dann ist auch klar, von welcher ideologischen Seite her, dieser Antrag kommt. Diese Vorgangsweise ist für mich auch nicht akzeptabel und werde auch dagegen stimmen.

Gemeinderat Maurer: Seitens der GRÜNEN-Fraktion kann ich grundsätzlich Zustimmung signalisieren, weil die Sanierung des Staatshaushaltes nicht an uns vorbei gehen wird. Wir ersuchen nur zu streichen das Wort "Vermögen" und nur Vermögenseinkommensteuer aufzunehmen.

Gemeinderat Falb: Einer Resolution stimmt man zu oder nicht. Textliche Änderungen kann man nicht machen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	1 (Maurer)

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	2

17.) Richtlinien für Gewerbeförderungen der Stadtgemeinde Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Richtlinien für Gewerbeförderungen der Stadtgemeinde Stockerau

§ 1 Richtlinien:

Die Stadtgemeinde Stockerau fördert nach Maßgabe dieser Richtlinien und der dafür vorgesehenen Budgetmittel Gewerbe- und Industriebetriebe im Zuge der Neuansiedlung und Erweiterung bestehender Betriebe in die Industriegebiete der Stadtgemeinde Stockerau.

§ 2 Voraussetzung und Art der Förderung

Gefördert werden die Neugründung, Neuansiedlung und Erweiterung bestehender Gewerbe- und Industriebetrieben in Stockerau.

- a) Die von der Stadtgemeinde Stockerau rechtskräftig vorgeschriebenen Anschlussgebühren (Kanal-, Wasseranschluss- und Ergänzungsgebühr), Aufschließungsbeiträge sowie sonstige Gemeindeabgaben können entweder in Raten abgestattet oder gestundet werden, wobei der maximale Zeitraum 5 Jahre beträgt. Die für diesen Zeitraum anfallenden Zinsen werden gem. § 212 b der Bundesabgabenordnung berechnet und von der Stadtgemeinde getragen.
- b) In besonders förderungswürdigen Fällen ist es auch möglich, eine Wirtschaftsförderung bis zur Höhe der vorgeschriebenen Anschluss- und Aufschließungsabgaben unter folgenden Voraussetzungen zu gewähren:
 - Neuschaffung bzw. Ausweitung von Arbeitsplätzen, die eine Kommunalsteuerpflicht begründen
 - Mindestens 5 Arbeitsplätze (auf Basis Vollzeit) auf die Dauer von mindestens 5 Jahre geschaffen werden oder das Kommunalsteueraufkommen pro Jahr mindestens € 3.500,-- beträgt.

Ein besonders förderungswürdiger Fall ist insbesondere in jenen Fällen gegeben, bei denen die vorgeschriebenen Anschluss- bzw. Ergänzungsabgaben in einem Missverhältnis zu den tatsächlich an das Kanal- bzw. Wasserleitungsnetz angeschlossenen Gebäudeteilen stehen.

In jenen Fällen, wird die Abgabe für die nicht angeschlossenen Gebäudeteile gefördert.

Gefördert wird der Nettobetrag. Anfallende Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben sind zum Fälligkeitstermin gemäß Abgabenbescheid zu entrichten.

Die Einzelförderung je Betrieb ist mit € 50.000,-- limitiert.

§ 3 Fälligkeit

Die vereinbarten Raten- und Zahlungstermine sind unbedingt einzuhalten, da sonst die Förderung eingestellt und der gesamte ausstehende Betrag samt Zinsen sofort fällig wird.

§ 4 Einstellung der Förderung

Die Förderung erlischt bei Konkurs, Ausgleich und Verkauf des Grundstückes und bei nicht termingerechter Entrichtung der vereinbarten Raten und Zahlungen. Die gesamte aushaftende Schuld ist sofort fällig und ist mit dem, zu diesem Zeitpunkt geltenden Zinsfuß, den die Stadtgemeinde aufgrund des § 212 b Bundesabgabenordnung einheben darf, zu verzinsen.

Für die unter § 2 b gewährte Förderung muss nach Ablauf der 5 Jahre ein Nachweis über die Einhaltung der Voraussetzung erbracht werden. Im Falle der Nichteinhaltung der Förderbedingungen ist der geförderte Betrag zuzüglich der Zinsen gem. § 212 b Bundesabgabenordnung an die Stadtgemeinde zu bezahlen.

Die Förderung ist nicht übertragbar.

Eine Vermietung bzw. Verpachtung der fördergegenständlichen Liegenschaft steht einer Förderung im Sinne dieser Richtlinie dann nicht entgegen, wenn die im § 2 b angeführten Voraussetzungen erfüllt werden.

§ 5 Verfahren

- a) Voraussetzung für die Gewährung einer Förderung ist ein schriftliches Ansuchen durch den Förderungswerber.
- b) Das Förderungsansuchen hat zu enthalten:
 - a) Persönliche Verhältnisse des Förderungswerbers, insbesondere Name, Geburtsdatum, Familienstand, Staatsbürgerschaft, Anschrift usw.
 - b) Angaben über die Betriebsverhältnisse, insbesondere Standort des Betriebes, Betriebsgegenstand, Rechtsform, Anzahl der Beschäftigten, eigene Betriebsform oder Pachtverhältnis usw.
- c) Grundlage und gewünschte Art der Förderung

Im Bedarfsfalle können weitere Unterlagen angefordert werden.

§ 6 Förderungserklärung

Die Förderung darf erst erfolgen, wenn sich der Förderungswerber schriftlich und unwiderruflich verpflichtet hat, die Bedingungen der Förderungsgewährung anzuerkennen.

§ 7 Rechtsanspruch

- a) Der Förderungswerber hat keinen Rechtsanspruch auf Förderung durch die Stadtgemeinde Stockerau.

§ 8 Kostentragung

Die allenfalls mit der Durchführung der Förderung verbundenen Kosten, Steuern, Gebühren, Spesen, Gerichtskosten usw. hat der Förderungswerber zu tragen.

Diese Richtlinien treten mit dem, dem Gemeinderatsbeschluss folgenden Tag in Kraft. Für die bisher gewährten Förderungen gelten die seinerzeit beschlossenen Richtlinien.

Gemeinderat Maurer stellt den **Antrag – Ein-Personen-Unternehmen:**

Ein-Personen-Unternehmen (EPU) nehmen mit einem Anteil von rd. 55% eine bedeutende Rolle in der österreichischen Wirtschaft ein.

Diese Entwicklung ist ein Resultat des Wandels von einer industriellen, von Großunternehmen geprägten, Ökonomie hin zu einer Wissensökonomie, deren Sachinvestitionen regelmäßig geringer sind als jene produzierender Unternehmen.

Daher profitieren Ein-Personen-Unternehmen und Kleinunternehmen nur unterdurchschnittlich von der Neuregelung der Wirtschaftsförderung in Stockerau, die sich vor allem an Sachinvestitionen orientiert.

Eine wirksame Förderung für die Schaffung von Arbeitsplätzen durch EPU stellt z.B. die Lohnnebenkosten-Förderung des AMS dar, welche u.a. von der Stadt Wels mittels befristeter Förderung der Kommunalsteuer unterstützt wird.

Die GRÜNEN stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge die Ausarbeitung von Ergänzungen der bestehenden Wirtschaftsförderung zur wirksamen Unterstützung der Schaffung von Arbeitsplätzen durch EPU und Kleinunternehmen beschließen.

Stadtrat Moll: Ich bin gegen diesen Antrag, weil jemand, der sich entschließt, selbständig tätig zu werden, ein Unternehmer zu werden, weiß welche Risiken dann verbunden sind, welcher Arbeitsaufwand damit verbunden ist, etc. Wenn jetzt jemand sein Selbständigwerden abhängig macht davon, ob er Förderungen bekommt oder nicht Förderungen bekommt, dann glaube ich, ist das gegen das Ideal des Unternehmertums. Darüber hinaus, wenn wir beginnen, bei der Kommunalsteuer Abstriche zu machen, kann das ein Schuss ins Knie sein, nämlich einer der Haupteinnahmequellen, die unmittelbar der Gemeinde zu Gute kommt, zu schmälern. Auch aus diesem Grund sehe ich hier keine Möglichkeiten, diesem Antrag zuzustimmen, denn wenn, und das werden wir ein paar Tagesordnungspunkte später sehen. Die wirtschaftliche Situation der Stadtgemeinde Stockerau in dem Maße fortschreitet, wie sie zu befürchten war und auch ist, dann können wir nicht über weitere Förderungen uns den Kopf zerbrechen, sondern wir müssen uns über Sparpotentiale den Kopf zerbrechen.

Gemeinderat Falb: Ich möchte die Zustimmung der ÖVP zum vorliegenden Antrag ankündigen. Ich begründe das damit, dass die Antragsformel darauf lautet, dass wir eine Ergänzung der bestehenden Wirtschaftsrichtlinien diskutieren sollen. Dieser Diskussion wollen wir auf keinen Fall verschließen. Wir halten die grundsätzliche Zustimmung, auch Ein-Personen-Unternehmen zu unterstützen, für wichtig. Mit welchen Mitteln und in welcher Art das erfolgen kann, wird zu diskutieren sein. Deswegen unsere Zustimmung.

Gemeinderat Maurer: Es geht nicht um die Förderung der Kommunalsteuer. Es soll generell aufgegriffen werden. Es soll diskutiert werden.

Bürgermeister Laab: Vorschläge sollen im Wirtschaftsausschuss diskutiert werden.

Der Antrag der GRÜNEN soll im Wirtschaftsausschuss behandelt werden.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3

Abstimmung über TOP IV/17.)

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

V. Anträge des Stadtrates

a) Finanzen

1.) 2. Nachtragsvoranschlag 2011

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der 2. Nachtragsvoranschlag 2011 der Stadtgemeinde Stockerau enthält im **Ordentlichen Haushalt** folgende Änderungen:

AUSGABEN

HW/Ansatz/Post	Ansatz	Betrag	Bemerkung
1/014000-500000	Kontrolleinrichtungen	-49.200,00	keine Personalkosten
1/022000-752000	Standesamt	-3.000,00	Abr. lt. RA 2010
1/025000-752000	Staatsbürger	-1.800,00	Abr. lt. RA 2010
1/029000-601000	Rathaus	17.000,00	Nachverr.Gasabr. 2010 d. Zählerdefekt
1/060000-726000	Mitgliedsbeiträge	9.000,00	Beitr.GVV u.Schulungsbeitr. (EA)
1/080000-760000	Pensionen	-5.000,00	Reduzierung Pensionszahlungen
1/131000-728000	Feuerpolizei	-7.000,00	Gesetzliche Änderung bei Feuerbeschau
1/163000-700100	Feuerwehr	14.000,00	Miete KIG incl. BK+Verw.Kosten
1/211000-700100	Volksschule	35.000,00	Miete KIG incl. BK+Verw.Kosten
1/212000-720000	Hauptschule	9.500,00	Abr. lt. RA 2010
1/213000-720000	Sonderschule	-5.200,00	Abr. lt. RA 2010
1/214000-720000	Polytechnische	5.000,00	Abr. lt. RA 2010
1/240100-603000	Europakindergarten	12.000,00	Korr.Wärmeabr. d.def.Zähler
1/240100-700100	Europakindergarten	9.000,00	Miete KIG incl. BK+Verw.Kosten
1/240200-346000	Bräuhaukindergarten	-5.500,00	Rückzahlung im AO
1/240400-603000	Kolomankinderg.	11.000,00	Erste Wärmeabrechnung
1/262000-700100	Sportplätze	-13.000,00	Miete KIG korr.
1/263000-700100	Sporthalle	30.000,00	Miete KIG incl. BK+Verw.Kosten
1/263000-755000	Sporthalle	-20.500,00	Reduzierung Zuschuss KIG
1/320000-700000	Musikschule	5.000,00	Miete KIG incl. BK+Verw.Kosten
1/32510-500000	Festspiele	-50.000,00	Reduzierung bei Schauspielern
1/325100-728200	Festspiele	-10.000,00	Rechte - geringere Auslastung

1/363000-726000	Ortsbildpflege	10.000,00	Beitrag Dorf-u.Stadterneuerung
1/420000-700000	Altenheime	16.500,00	Miete Tageszentrum u.Leerwohnungen
1/420000-700100	Altenheime	13.000,00	Miete Parkplätze
1/421000-701100	Pflegeheim	-20.000,00	Leasing
1/469000-768000	Sonstige Einr.	5.000,00	HK-u. Mietzinsunterstützung
1/552100-346000	Gesundheitswesen	262.400,00	KKA-Darlehen nicht ausgesetzt
1/552100-650200	Gesundheitswesen	-21.200,00	Zinsen d.höhere Rückz.
1/552100-701000	Gesundheitswesen	-27.000,00	Leasing
1/552100-729000	Gesundheitswesen	-15.000,00	Zahlungen an Land
1/640000-728000	Einr.STVO	-10.000,00	Derzeit kein Streifendienst
1/770000-728000	Fremdenverkehr	22.000,00	Machbarkeitsstudie Eisenbahn
1/771000-728000	Fremdenverkehr	13.000,00	Div.Beträge an FV-Vereine
1/816000-600000	Straßenbeleuchtung	-30.000,00	Reduzierung Stromkosten
1/820000-603000	Bauhof	-4.300,00	Reduzierung Wärmekosten
1/820000-700100	Bauhof	10.000,00	Miete Salzlagerhalle
1/831000-619000	Freibad	-10.000,00	Instandhaltungskosten
1/850000-650000	Wasserwerk	-8.000,00	Zinsen-Darl.2201003-2010 nicht aufgen.
1/850000-760000	Wasserwerk	-24.000,00	durch Tod weniger Pensionsausz.
1/852100-600000	Müll	-10.000,00	Reduktion Strom
1/852100-617000	Müll	15.000,00	Rep. KO813CD+KO31NC
1/852100-620000	Müll	30.000,00	Transportk.n.Harmannsdorf
1/852100-728000	Müll	350.000,00	zusätzliche 1xige Entsorgungsk.bzw.höheres Müllaufk.
1/852200-728000	Mülldeponie	20.000,00	Kosten Deponieaufsicht
1/853000-614100	Wohn-u.Gesch.Gde	20.000,00	Div. Instandhaltungen Schaumg.
1/853000-700100	Wohn-u.Gesch.Gde	-51.000,00	Miete KIG - Salzlagerhalle
1/853000-701000	Wohn-u.Gesch.Gde	-9.000,00	Leasing
1/860000-700100	Gärtnerei	17.000,00	Miete KIG incl. BK+Verw.Kosten
1/894000-043000	Z2000	6.000,00	Lichtmischpult
1/900000-690000	Finanzverwaltung	47.000,00	Lukas Abschreibung lt.GR.Beschl.
1/910000-650300	Finanzverwaltung	15.000,00	Zinsen Kassenkredit
1/910000-657000	Finanzverwaltung	-6.000,00	Spesen BA

EINNAHMEN

HW/Ansatz/Post	Ansatz	Betrag	Bemerkung
2/024000+817000	Wahlamt	5.000,00	mehr Landesersätze
2/320000+861000	Musikschule	16.000,00	höherer Landesbeitrag
2/325100+810000	Festspiele	-144.000,00	Kürzung Eintrittskarten d.geringe Auslastung
2/325100+813000	Festspiele	17.200,00	mehr Sponsorbeiträge
2/363000+861000	Ortsbildpflege	14.500,00	Förderung Stadterneuerung
2/851000+040000	Abwasser	5.000,00	Verkauf FÄ-Wagen
2/851000+810200	Abwasser	12.000,00	Fäkalien Kläranlage
2/852100+810000	Müllbeseitigung	30.000,00	Wertstoffe
2/852100+852000	Müllbeseitigung	20.000,00	Müllgebühren
2/852100+852600	Müllbeseitigung	4.000,00	Müllgebühren

2/853000+828100	Wohn-u.Gesch.Gde.	30.000,00	Leistungen Dritter (KIG)
2/859000+806000	Friedhof	10.000,00	Altmaterialverkauf
2/920000+831000	Gemeindeabgaben	20.000,00	Grundsteuer
2/920000+833100	Gemeindeabgaben	200.000,00	Kommunalsteuer
2/920000+837000	Gemeindeabgaben	15.000,00	Lustbarkeitsabgabe
2/921000+834100	Geteilte Abgaben	-82.000,00	Tourismusabgabe (keine doppelte Abgabe)
2/925000+859400	Ertragsanteile	400.000,00	Ertragsanteile
2/925000+859700	Ertragsanteile	50.000,00	Ertragsanteile

Bei den Mieten an die KIG musste in einigen Positionen Korrekturen vorgenommen werden. Diese Änderungen in Höhe von 46.000 ist auf den Umstand zurückzuführen, dass ab dem Jahre 2011 die öffentlichen Gebäude zur Gänze von der KIG verwaltet werden und dadurch BK-Akonten und Verwaltungshonorare vorgeschrieben wurden die im VA noch nicht berücksichtigt wurden.

Im Bereich der Festspiele wurde auf Grund der voraussichtlichen Auslastung für 2011 die Kartenerlöse korrigiert. Mit den ausgabenseitigen Änderungen ergibt sich für diesen Bereich ein zusätzlicher Finanzierungsbetrag von € 66.800.

Der Mehraufwand im Gesundheitswesen ist vor allem durch zwei Darlehen bei der Kommunalkredit Austria begründet, bei denen ursprünglich angedacht war die Tilgung auszusetzen. Dies hätte jedoch zu einem erheblichen Mehraufwand bei den Zinsen geführt. In Summe wurden hier € 199.200 zusätzliche Ausgaben veranschlagt.

Eine wesentliche Ausgabenerhöhung wurde bei der Müllbeseitigung veranschlagt. Zum einen sind rund 900 Tonnen einmalige Entsorgungskosten angefallen, die aus Sicherheitsgründen durch das Räumen bei den Windrädern verursacht wurden und zum anderen ist generell ein höheres Müllaufkommen festzustellen. Dieser zusätzlichen Kosten betragen € 350.000.

Bei den Einnahmen konnte erfreulicherweise bei der Kommunalsteuer um € 200.000 mehr veranschlagt werden. Auch bei den Ertragsanteilen wird mit einem Mehrertrag von € 400.000 gerechnet. Dieser Anstieg deckt nun die, bereits beim VA budgetierten, Mehrkosten im Sozialbereich ab.

Bei der Tourismusabgabe musste der veranschlagte Betrag um € 82.000 gekürzt werden, da der Antrag auf Einhebung der doppelten Abgabe nicht genehmigt wurde.

Der Außerordentliche Haushalt enthält folgende Änderungen:

Vorhaben 1 – Raumordnung und Raumplanung:

Zusätzliche Kosten Neuvermessung GeoOffice durch EVN und Berücksichtigung Fehlbetrag – Bedeckung durch Darlehensaufnahme	180.000
--	---------

Vorhaben 4 – Rathaus:

Keine Durchführung Umbau – daher keine Zuführung	-20.000
--	---------

Vorhaben 5 - Sportplätze:

Kosten Flutlicht lt. Vertrag mit EVN – Bedeckung durch AO Zuführung 20.000

Vorhaben 6 – Bräuhaukindergarten:

Einrichtung zum Großteil durch KIG finanziert, Subvention des Schul-
u.Kindergartenfonds – daher Rückzahlung des bestehenden Kredites 85.400

Vorhaben 8 – Denkmalpflege:

Berücksichtigung Kosten Kolomanibrunnen – Bedeckung durch
Landessubvention – Rest durch AO-Zuführung 80.000

Vorhaben 14 – Mülldeponie:

Kosten Drainage Sickerwasseranlage und Vakuumfass und Berücksichtigung
Fehlbetrag (Alsag-Nachz.2009 u. Rechtsvertretung) – Bedeckung durch
Darlehen 345.700

Vorhaben 16 – Straßenbeleuchtung

Kosten der Beleuchtung für Kreisverkehr und Kürzung Bedarfszuweisung
Bedeckung durch Aufstockung Darlehen 97.100

Vorhaben 20 – Grundbesitz

Berücksichtigung der AO-Zuführungen an genannte Vorhaben 114.600

Vorhaben 68 – Parkdecks

Kosten der neuen Schrankenanlage und Abrechnungssystem für Parkdeck
in der Landstraße – Bedeckung durch AO-Zuführung 40.000

Vorhaben 80 – Stadtsaal (Bräuhaus)

Div. Umbauarbeiten für neuen Mieter und Lokal – Bedeckung A.O.Zuführung 23.000

Vorhaben 89 – Haus der Generationen:

Kindergarten: Aufwand Einrichtung (191.000) 50% durch Schul-u.Kinder-
gartenfonds gedeckt – Rest durch Darlehensaufstockung (30.000)
Tageszentrum: Aufwand Mobilien (103.000) durch Darlehensaufnahme zu
finanzieren. Sollüberschuss aus Subvention KiGa für Umbau – muss an den
Bauträger weiter überwiesen werden. 791.100

Die in den angeführten Beträgen enthaltenen Zinsaufwendungen, Tilgungen und Zuzahlungen wurden in den Schuldienst aufgenommen, welcher Bestandteil des Nachtragsvoranschlages bildet.

Der voraussichtliche Schuldenstand erhöht sich geringfügig um € 43.300 und beträgt am Ende des Finanzjahres € 37,399.805.

Der 2. Nachtragsvoranschlag 2011 ist in der Zeit vom 23.8.2011 bis einschließlich 6.9.2011 zu öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Zu Beginn der Auflagefrist wurde jeder im Gemeinderat vertretenen Partei ein Konzept des Nachtragsvoranschlages übermittelt.

Der Gemeinderat wird um Genehmigung ersucht.

Stadtrat Moser: Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir dem Voranschlag 2011 seinerseits die Zustimmung nicht erteilt haben. Es war gekennzeichnet durch eine Belastungslawine, Kanal, Müll, Stellplatzabgabe bis hin zu den Bastelbeiträgen. Er war gekennzeichnet mit einer extrem geringen Spargesinnung im Bereich der eigenen Kosten, vor allem auch geprägt durch Positionen, die unserer Meinung nach unterbudgetiert waren. Jetzt wenige Monate später sehen wir uns eigentlich bestätigt – Mülldeponie mit einem Mehraufwand von € 350.000,--, Festspiele mit einem Minus von 144.000,-- bei den Einnahmen. Der Abgang steigt auf rekordverdächtige € 310.000,-- in diesem Jahr. Ich werde meiner Fraktion vorschlagen, diesem 2. Nachtragsvoranschlag nicht die Zustimmung zu erteilen.

Stadtrat Moll: So wie Sie sich erinnern sollten, dass die ÖVP dem eigentlichen Voranschlag nicht zugestimmt hat, werden Sie sich vielleicht erinnern, dass wir im Dezember des Vorjahres zugestimmt haben, weil wir ganz einfach gesehen haben, dass verschiedene Notwendigkeiten diesem Voranschlag so aussehen haben lassen, wie er damals war. Wir wollen uns auch nicht der Verantwortung entziehen, wir wollten gemeinsam mit den anderen Fraktionen das Beste aus der gegebenen Situation herausholen. Jetzt, bei Vorlage des 2. Nachtragsvoranschlags sind 2/3 des Geschäftsjahres vergangen. Ich sehe aus diesem Nachtragsvoranschlag nicht heraus, dass sich eine wesentliche Änderung zum Besseren ergeben hat und ergeben wird. Ganz im Gegenteil, es sind einige Vorhaben drinnen, die auch heute noch diskutiert werden, denen wir aus Spargründen keinesfalls die Zustimmung geben werden und können und daher auch diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung verweigern müssen. Was mich noch konkret interessieren würde, ist das Vorhaben 89 – Haus der Generationen. Hier gibt es für das Tageszentrum einen Aufwand von € 103.000,--. Ich möchte wissen wofür und wie es mit dem Tageszentrum in Zukunft sein wird.

Bürgermeister Laab: Zum Tageszentrum – die Kosten sind durch die Einrichtung entstanden. Die Tageseinrichtung ist dann nicht zustande gekommen. Wie es hier weitergehen kann – es sind Bemühungen im Gange, hier eine Nutzung für diese Räumlichkeiten zu finden. Wir haben einen Antrag laufen, ob es zu einem zusätzlichen Krankenkassenvertrag kommen kann, um eine ärztliche Niederlassung dort anzusiedeln.

Gemeinderat Maurer: Seitens der GRÜNEN möchte ich sagen, natürlich gibt es Negatives im Gemeindebudget, die wir über kurz oder lang lösen müssen. Darüber hinaus gibt es allerdings doch auch Positives, die sich aus dem beschlossenen Paket ergeben, welches wir zu Beginn der Budgetperiode beschlossen haben. Daher werden wir GRÜNE diesem Nachtragsvoranschlag zustimmen.

Gemeinderat Huemer: Kommunalsteuer, die hoffentlich € 200.000,-- mehr bringen soll. Das müssten rund 200 Arbeitsplätze mehr sein. Ich glaube, dass diese Zahl beim Jahresabschluss korrigiert werden muss. Das gleiche bei den Ertragsanteilen – plus € 400.000,--. Diese Zahlen sind deshalb, um einen ausgeglichenen Nachtragsvoranschlag zu bekommen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3

2.) Änderung der Wasserabgabenordnung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 10 NÖ Gemeindewasserleitungsgesetz 1978 wurde eine Neuberechnung der Wasserbezugsgebühr durchgeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Einheitssatz in Höhe von € 0,90 pro Kubikmeter gegenüber bisher € 0,80, dies bedeutet eine Erhöhung um rund 12,5%. Die letzte Anpassung wurde im Jahre 2008 durchgeführt. Es wäre daher die Wasserabgabenordnung der Stadtgemeinde Stockerau abzuändern.

Bei den Anschlussgebühren ergibt sich nach der Neuberechnung ein Einheitssatz von € 5,90 (bisher € 5,50). Die zugrunde gelegten Baukosten betragen € 21.787.860,71.

Bei einer Länge des Wasserleitungsnetzes von 111.027 m ergeben sich Kosten pro Laufmeter von € 196,24.

Der Einheitssatz ergibt sich aus 3 % der Laufmeterkosten.

Die Anschlussgebühr wurde zuletzt ebenfalls 2008 angepasst.

Die Wasserabgabenordnung wäre daher wie folgt abzuändern:

§ 3 Einheitssatz und Berechnungsgrundlagen

Der Einheitssatz für die Berechnung der Wasseranschlussabgabe für den Anschluss an die Wasserversorgungsanlage der Stadtgemeinde wird gemäß § 6 Abs. 5 des NÖ. Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 mit 3 % der durchschnittlichen Baukosten für den laufenden Meter der Gemeindewasserleitung, das sind € 5,90 festgesetzt.

Für die Berechnung des Einheitssatzes wird gemäß § 6 Abs. 5 des NÖ. Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 eine Baukostensumme von € 21.787.860,71 und eine Gesamtlänge des Rohrnetzes von 111.027 m zugrunde gelegt.

Die Baukosten für einen Längenmeter betragen daher € 196,24.

Hiezu kommen noch 10 % Umsatzsteuer.

§ 6 Bereitstellungsgebühr

Für die Berechnung der Bereitstellungsgebühren ist der § 9 Abs. 1-4 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetz 1978 maßgeblich. Der Bereitstellungsbetrag wird mit € 2,40 festgesetzt und gilt für alle Wassermesser. Die Bereitstellungsgebühr ist das Produkt der Nennbelastung des Wassermessers in m³/h mal dem Bereitstellungsbetrag.

Ordnungszahl	Nennbelastung des Wassermessers (m ³ /h)	Bereitstellungsgebühr jährlich EURO
1	3	7,20
5	5	12,00
2	7	16,80
3	20	48,00
8	30	72,00
10	80	192,00
4	100	240,00
11	120	288,00
6	150	360,00
12	300	720,00
7	350	840,00
9	600	1.440,00

Hiezu kommen noch 10 % Umsatzsteuer.

§ 7 Wasserbezugsgebühr

2.) Die Wasserbezugsgebühr für einen Kubikmeter Wasser beträgt € 0,90 (§ 10 Abs.2 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978). Hiezu kommen noch 10 % Umsatzsteuer.

Es wäre daher die Wasserabgabenordnung in diesem Sinne abzuändern.

Gemäß § 10 Abs.(7) des NÖ. Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 tritt diese Wasserabgabenordnung mit dem Beginn des Ablesungszeitraumes in Kraft, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist zunächst folgt.

Stadtrat Moll: Ich möchte diese Erhöhung nicht mit der Erhöhung des Zuckerpreises vergleichen, aber immerhin 4,2% pro Jahr. Dies ist deutlich höher als die Inflationsrate. Hier muss man sich schon auch die Frage stellen, wer aller ist verantwortlich dafür, dass die Inflationsrate in Österreich überdurchschnittlich hoch ist. Ich stelle fest, dass auch die Kommunen mit ihren Gebühren und Abgaben hier dazu beitragen. Ich bleibe bei unserem einmal eingeschlagenen Weg, dass wir Gebühren- und Abgabenerhöhungen nur bis zur Inflationsrate zustimmen können, wollen und werden. Ich schlage darüber hinaus auch vor, dass man diese Anpassungen jährlich machen sollte, um nicht einen derartig hohen Betrag der Bevölkerung schlagartig zumuten zu müssen.

Bürgermeister Laab: In Mistelbach € 1,40, in Hollabrunn € 1,30, in Korneuburg € 1,20, in Tulln € 0,92. Wir bewegen uns immer noch in einem Bereich, der durchaus günstig bezeichnet werden kann im Vergleich zu anderen Städten. Ich glaube nicht, dass wir überdurchschnittlich erhöht haben. Es hat und wird immer Investitionen geben, um die Qualität und die Versorgung in dem Ausmaß sicher zu stellen.

Stadtrat Moll: Darf ich aber doch auch in Erinnerung bringen, dass wir nahezu € 300.000,-- aus diesem Titel heraus als Gewinnentnahme dem ordentlichen Haushalt zuführen.

Gemeinderat Huemer: Bei einer jährlichen Anpassung würde es nicht so ins Gewicht fallen, aber Stockerau liegt noch weit im unteren Viertel Niederösterreich weit.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3

Gemeinderat Hetzendorfer verlässt die Sitzung um 19:37 Uhr (befangen).

3.) Jugendzentrum – Vergabe von Architektenleistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Es besteht die Absicht, auf dem Gelände der ehemaligen Bundesgebäudeverwaltung auf der Liegenschaft, Judithastrasse 5 im Bereich der ehemaligen Holzwerkstätten ein Jugendzentrum zu errichten.

Die Ausführung soll nach den Plänen des Ateliers Fürtner/Tonn erfolgen. Dabei sollen die Raumaufteilungen größtenteils bestehen bleiben und lediglich der Fußboden und die Wandmalerei erneuert werden. Um den Anforderungen an den erforderlichen Brandschutz gerecht zu werden, muss die Deckenkonstruktion gegenüber dem nicht ausgebauten Dachboden entsprechend umgebaut werden. Zusätzlich sollen die Installationen für Strom, Wasser und Heizung erneuert werden.

Entsprechend den Vorentwürfen und der Kostenschätzung vom Atelier Fürtner/Tonn ist mit reinen Baukosten in der Höhe von € 186.028,00 zzgl. der gesetzlichen USt. zu rechnen. Nicht enthalten in diesen Kosten sind die Einrichtung, die Elektroinstallationen, die Anschlussgebühren für die Fernwärme, die Einfriedungen zur Freifläche für die Kindergruppe Kunterbunt und die gärtnerische Gestaltung.

Die erforderlichen Elektroinstallationen sollen vom Elektrounternehmen der Stadtgemeinde Stockerau und die gärtnerische Ausgestaltung der Freiflächen von der Stadtgärtnerei ausgeführt werden.

Über die erforderlichen Architektenleistungen (Planung, Ausschreibung, örtliche Bauaufsicht, die Agenden des Planungs- und Baustellenkoordinators und die Abrechnung) liegt vom Atelier Fürtner/Tonn, Passauerplatz 5/1/12, 1010 Wien ein Honorarangebot vom 20. Juni 2011 in der Höhe von € 29.500,00 zzgl. der gesetzlichen USt. vor.

Es wird empfohlen die erforderlichen Architektenleistungen für die Verwirklichung eines Jugendzentrums an das

Atelier

Fürtner/Tonn

Passauerplatz 5/1/12

1010 Wien

mit einem Pauschalhonorar von

€ 29.500,00 netto

zu vergeben.

Stadtrat Moll: Das Jugendzentrum war uns Freiheitlichen ein langes Anliegen. Ich erinnere an die Diskussionen vor Jahren, wo man sich mehr oder weniger schon darauf geeinigt hat, dass dieses Jugendzentrum auf Vereinsbasis aufbauend errichtet werden soll. Nachdem diese Vereinsbasis durch die Mehrheit nicht gewollt wird, aber vor allem dieses jetzt betreute Modell, so fürchte ich, die Mehrheit der Jugendlichen nicht gewollt wird, steht eine Investition in

der Größenordnung von rund € 300.000,-- im Spiel. Wir haben jetzt € 186.000,-- Errichtungskosten, dann € 30.000,-- Architektenkosten, das sind € 216.000,--. Es gibt noch keine Elektroinstallation, keine Gas- und Wasserleitungsinstallation, keine Heizung und dergleichen mehr. Also ich denke, dass wir hier mit den Investitionskosten von € 300.000,-- rechnen werden müssen. Dazu kommen noch die Betriebskosten. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass wir uns derartige Kosten in der jetzigen Situation, in der sich unsere Gemeinde befindet, einfach nicht leisten können.

Gemeinderat Falb: Den Ausführungen von Stadtrat Moll ist nicht allzu viel hinzuzufügen. Wir sind außerdem nicht damit einverstanden, dass auf der einen Seite ein Jugendzentrumsprojekt realisiert wird und auf der anderen Seite muss bei den Vereinen, die auch wertvolle Jugendarbeit leisten, gekürzt und gespart werden. Es fehlt uns auch das Gesamtjugendkonzept, weil wir auch sehr kritisch die weitere Aufrechterhaltung der Streetworker parallel zum Jugendzentrum sehen. Die ÖVP wird daher diesem Antrag nicht zustimmen. Das Verlassen des Raumes des Gemeinderates Hetzendorfer – er ist mit dem Auftragnehmer persönlich befreundet und daher befangen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	11
	FPÖ	4
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3

4.) Kolomani-Brunnen – Unterbauarbeiten – Vergabe von Leistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau hat in seiner Sitzung am 16. März 2011 den Beschluss gefasst, dass im Zuge der Tausendjahrfeierlichkeiten ein Gedenkbrunnen am „Kleiner Marktplatz“ errichtet werden soll.

Die Ausführung des Brunnens erfolgt nach dem Entwurf von Herrn Peter Sandbichler. Entsprechend seiner Kostenschätzung ist mit Gesamtbaukosten in der Höhe von € 69.221,20 inkl. MWSt. zu rechnen. Seitens der NÖ Landesregierung wurde über die Abteilung „Kunst im öffentlichen Raum“ eine Förderung in der Höhe von € 50.023,00 zugesichert und auch bereits an die Stadtgemeinde Stockerau überwiesen. Die Differenz in der Höhe von € 19.198,20 ist von der Stadtgemeinde Stockerau zu übernehmen.

Nicht in diesen Kosten enthalten sind die Unterbauarbeiten, d.h. Abbruch des Porphyrpflaster, Abbruch der Asphalt- und Betontragschichten und Aufbau eines tragfähigen Unterbaues inkl. dem Rieselbett für die Brunnenfertigteile. Über diese Arbeiten liegt ein Angebot der Firma Strabag vom 07. Juli 2011 mit einer Auftragssumme von € 8.681,71 exkl. MWSt. vor.

Mit den Bauarbeiten soll am 05. September 2011 begonnen werden und ist eine Bauzeit von max. 4 Wochen vorgesehen.

Entsprechend dem Angebot der Firma Strabag soll diese mit den Unterbauarbeiten mit einer Auftragssumme von € 8.681,71 beauftragt werden.

Stadtrat Moll: Der Kolomani-Brunnen – nach einem künstlerischen Wettbewerb wurde einem Projekt die Zuteilung gegeben am Standort Kleiner Marktplatz. Wir haben dem Baumbestand den Vorrang gegeben gegenüber diesem Projekt. 1. aus Kostengründen, wenn gleich das Land NÖ einen Teil dieser Kosten übernimmt. Aber was uns auf jeden Fall bleiben wird, das sind die Erhaltungs-, Reinigungskosten, die sich bei der geplanten Ausführung ergeben, nicht unerheblich sein werden. Denn stellen Sie sich vor, dass in einem Wasserbecken mit rund 15 cm Tiefe, was der prallen Sonne ausgesetzt ist, weil die Bäume wegkommen, es zu einer raschen Algenbildung kommen wird, abgesehen von der Verschmutzung, die vielleicht durch Vandalismus und ähnliches passieren kann. Auch die vom Künstler angedachte Fußwaschung wird nicht zur Qualität des Wassers beitragen. Ein Projekt, dem wir so die Zustimmung nicht geben.

Gemeinderat Maurer: Es gibt einige Projekte, über die nicht gesprochen wurde, wie Kreisverkehre, Aussichtstürme und Brunnen. Eine Maßnahme, die durch Kredite finanziert werden muss, erhalten werden muss, daher auch keine Zustimmung.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	1 (Klimesch)
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

5.) Konservierung und Restaurierung des Ledermobiliars

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Es besteht die Absicht, die Stühle und Bänke im großen Sitzungssaal des Rathauses zu restaurieren. Die Lederbezüge an den Sitzflächen und Lehnen leiden einerseits durch die raumklimatischen Verhältnisse und durch die Sonneneinstrahlung und andererseits durch die relativ hohe Beanspruchung.

Besonders an den Kanten ist das Leder brüchig und teilweise abgescheuert. Die polychrom gefassten Wappen an den Rückenlehnen sind unterschiedlich stark beschädigt.

In Zusammenarbeit mit dem Museum für angewandte Kunst (MAK) wurde ein Restsanierungsvorschlag ausgearbeitet und mit Schreiben vom 23. August 2011 ein Angebot in der Höhe von € 15.760,00 über die erforderlichen Arbeiten vorgelegt. Die Arbeiten sollen von Kunststudenten im Einvernehmen mit dem MAK erfolgen.

Neben der Reinigung der Holz- und Lederoberflächen sollen abstehende Lederpartien gefestigt und Fehlstellen ergänzt werden. Die ergänzten Oberflächen und Wappen werden anschließend retuschiert. Abschließend sollen die Messingnägeln fixiert und alle Oberflächen konserviert werden.

Um historisches Kulturgut zu erhalten wird empfohlen, die Restaurierung der Stühle und Bänke an die Gruppe der Kunststudenten unter Vorsitz von Frau Mag. Maria Perwög, 6424 Silz zu vergeben.

Gemeinderat Falb: Die ÖVP wird dem natürlich zustimmen. Wir freuen uns, dass eine Gruppe von Kunststudenten sich hier weiterbilden kann. Auf der anderen Seite wollte ich einmal bemerken, hier handelt es sich um einen Arbeitsraum. Ich bin mir sicher, es ist denkmalgeschützt. Aber die Frage ist, ob man mit dem Bundesdenkmalamt oder mit wem auch immer, der dafür zuständig ist, die Möglichkeit findet, auch in einem alten Ambiente mit einer arbeitsadäquaten Bestuhlung, Betischung einmal eine andere Lösung finden würde. Irgendwie sollte man einmal im 21. Jahrhundert ankommen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	11
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

6.) Bäderkooperation mit der Stadtgemeinde Korneuburg - Verlängerung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau hat in seiner Sitzung am 27.10.2010 eine Vereinbarung mit der Stadtgemeinde Korneuburg bezüglich Benützung unseres Hallenbades für die Schulen und für den Schwimmverein beschlossen.

Diese Vereinbarung ist bis Ende 2011 befristet und soll nun auf ein Jahr (bis Ende 2012) zu den gleichen Bedingungen verlängert werden.

Vereinbart ist:

An Montagen (wenn nicht Feiertag), befristet bis Ende 2012, kann das Hallenbad Stockerau im Einvernehmen mit dem Leiter des Erholungszentrums und unter Einhaltung der geltenden Badeordnung ab 08:30 Uhr bis 13:30 Uhr von Schulen, ab 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr durch den Schwimmverein Korneuburg benützt werden. Hierfür wird monatlich im Nachhinein ein Pauschalbetrag von € 4.000,-- (+ USt) in Rechnung gestellt.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	11
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

Gemeinderat Hetzendorfer nimmt wieder an der Sitzung teil (19:45 Uhr).

7.) Grundverkauf der Parz.Nr. 118/78 an Schneider Karin

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Frau Schneider Karin hat um käufliche Überlassung des Grundstückes Nr. 118/78, welches sich im Kleingartengebiet Zum Spitzgarten befindet, ersucht.

Das Grundstück Nr. 118/78 mit dem Ausmaß von 235 m² liegt laut rechtskräftigen Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Stockerau im Grünland-Kleingartengebiet.

Als Kaufpreis wurde ein m²/Preis von Euro 62,-- vereinbart, dass ergibt somit einen Grundstückspreis in der Höhe von Euro 14.570,--.

Sämtliche mit dem Kauf verbundenen Kosten (Vertrag, Grunderwerbssteuer, Eintragungsgebühr) sind vom Käufer zu übernehmen.

Stadtrat Moll: Grundverkauf in Kleingartensiedlungen widerstrebt mir insofern zu diesem Preis. Wenn man sich die verschiedenen Kleingartensiedlungen ansieht und betrachtet, welche Gebäude dort errichtet sind, die wohl den Vorschriften entsprechen, zum Teil entsprechen oder nicht entsprechen, bei einem Großteil, was die Heizungsanlagen anbelangt. Auf jeden Fall sind das Gebäude, die für die ganzjährige Nutzung ausgerichtet sind. Ich frage mich, warum gerade in Kleingartensiedlungen der Grundpreis etwa ein Drittel jenes Grundpreises ist, den ein Siedler zahlen muss, wenn er sich in der Wiesenerstraße ansiedeln möchte. Ich finde das einfach dieses Verhältnis nicht ausgewogen. Ich könnte mich dafür begeistern, wenn man 2/3 oder die Hälfte des üblichen Baugrundpreises verlangt, aber € 62,-- pro m² ist meiner Meinung nach ein Verschenken von wertvollen Grundstücken, auch wenn es hier ein Gebiet betrifft, wo die Umwidmung explizit mit dem Gedanken, diese Grundstücke zu verkaufen, gemacht wurde. Auch wenn Sie sich die Lage anschauen, das ist eine Toplage in Stockerau und das um € 62,-- pro m² mitten im Grünen.

Bürgermeister Laab: Bei Kleingärten wird Grünland vorherrschen. Wenn Sie sich erinnern, dort gibt es 5 Parzellen, jetzt sind noch maximal 2 frei. Wir haben für die ersten Verkäufe einen Preis angesetzt, denn wir nun angepasst haben. Bei den ersten Verkäufen war es um die € 50,--.

Gemeinderat Maurer: Wir schließen uns der Wortmeldung von Stadtrat Moll an, dass der Preis nicht angemessen ist.

Stadtrat Moser stellt den **Antrag**, den Grundverkauf zurückzustellen und im Ausschuss zu behandeln.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

Der Grundverkauf wird zurückgestellt (daher entfällt Abstimmung über TOP V/a/7) und soll im Ausschuss Liegenschaftsmanagement beraten werden.

Gemeinderat Falb: Bis zur Klärung im Ausschuss, sollte man solche Anträge im Gemeinderat momentan nicht stellen.

Bürgermeister Laab. Das ist für mich die logische Konsequenz.

8.) Änderung der Friedhofsgebührenordnung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß Schreiben der NÖ Landesregierung, Abteilung Gemeinden, vom 28.7.2011 soll die Friedhofsgebührenordnung der Stadtgemeinde Stockerau in den §§ 2 und 3 abgeändert werden.

Die Grabstellengebühr für die Überlassung des Benützungsrechtes von Urnennischen beträgt € 550,-- für die Dauer auf 10 Jahre und nicht € 1.650,-- für 30 Jahre.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

Gemeinderat Maurer verlässt die Sitzung um 19:58 Uhr.

9.) Nachtrag zum Leasingvertrag für Container-LKW

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 11.05.2011 wurde die Vergabe der Finanzierung für den Container LKW an die Oberbank AG vergeben. Als Basis wurden vorläufige Gesamtkosten in Höhe von 148.116,-- netto herangezogen.

Um die Kompatibilität mit andern Fahrzeugen der Stadt zu gewährleisten, mussten noch einige Adaptierungen am neuen Fahrzeug vorgenommen werden. Daher erhöhen sich die Anschaffungskosten um € 10.044,-- auf € 158.160,--.

Die monatliche Leasingrate erhöht sich dadurch auf € 2.770,42 Netto (bisher € 2.576,86). Die Laufzeit von 60 Monaten bleibt unverändert.

Es wird daher ersucht, die Aufstockung des Leasingvertrages mit Oberbank AG auf Gesamtkosten von € 158.160,-- und einer monatlichen Leasingrate in Höhe von € 2.770,42 zu genehmigen.

Gemeinderat Mayer: Es gibt eigentlich in der Gemeinde, im Gemeinderat, im Ausschuss keinen fixen Betrag, der nicht irgendwann einmal nachverhandelt wird. Deshalb werde ich gegen diesen Antrag stimmen.

Bürgermeister Laab: Es ist noch kein fixer Preis festgelegt gewesen. Im Zuge der Fertigstellung des Fahrzeuges hat sich herausgestellt, dass die seinerzeitige angenommene Summe nun um € 10.000,-- zu niedrig angesetzt wurde. Daher ergibt sich jetzt diese Nachbesserung. Damals ist dem Gemeinderat mitgeteilt worden, dass es sich um ein Betragsvolumen handelt, welches noch nicht 100%ig feststeht.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	1 (Mayer)
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	2

Gemeinderat Maurer nimmt wieder an der Sitzung teil (20:02 Uhr)

10.) Fischereirechtsangelegenheiten – rechtsfreundliche Vertretung - Beauftragung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Wahrnehmung der Interessen in Fischereirechtsangelegenheiten soll Dr. Wolfgang List, 1180 Wien, Weimarer Straße 55/1 mit der rechtsfreundlichen Vertretung beauftragt werden.

Für den gesamten Aufwand von 40 Stunden ist daher mit etwa € 9.600,-- (€ 240,-- pro Stunde) zu rechnen.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Da dieser Tagesordnungspunkt erst kurzfristig auf die Tagesordnung genommen wurde, würden wir gerne wissen, welche Angelegenheiten das sind, in denen wir uns da vertreten lassen. Gibt es bereits jetzt schon eine Vertretung?

Bürgermeister Laab: Die Vertretung ist jetzt erst notwendig geworden, weil es hier Differenzen gibt über die Fischereirechte. Dr. List hat sich das angesehen und hat die Vertretung übernommen. Die Vollmacht erstreckt sich auf Wasserrechtsangelegenheiten, Schädigung von städtischem und privatem Haus- und Grundbesitz im Gemeindegebiet durch hohes Grundwasser, Fischereirechtsangelegenheiten in Fischgewässern der Stadt Stockerau inkl. Gießgang. Hier hat es seitens der Behörde noch keine Entscheidung gegeben, ist es jetzt notwendig eine Rechtsvertretung zu haben.

Stadtrat Moll: Um was geht es hier wirklich?

Bürgermeister Laab: Leider wurden mir die Details nicht vorgelegt. Wir können die Beauftrag zurückstellen. Herr Colloredo hat sich einen Rechtsanwalt genommen und war auch beim Ministerium durch den Rechtsanwalt vertreten. Wir haben Jahrzehnte schon Fischereirechte, die wir uns erhalten wollen. Das Ministerium hat gesagt, wir sollen sich einigen und da Colloredo einen Anwalt hat, wird wir der Meinung, sich auch durch einen Rechtsanwalt vertreten zu lassen.

Gemeinderat Falb: Wir, die ÖVP werden den Antrag unterstützen. Vielleicht kann man in einer der nächsten Sitzungen über den Ausgang dieser Sache berichten.

Bürgermeister Laab: Aufgrund der fehlenden Information, die es heute nicht gegeben hat, werden bei der nächsten Stadtratssitzung, wo alle Fraktionen vertreten sind, oder bei einer entsprechenden Ausschusssitzung die Dinge dargelegt werden.

Gemeinderat Mayer: Wenn es sich mit 40 Stunden nicht ausgeht.

Bürgermeister Laab: Das ist jetzt eine Schätzung – wie schnell man zu einer Einigung kommen kann. Es muss auch nicht erreicht werden.

Gemeinderat Falb: Auch diese Frage für die ÖVP zu beantworten – sollte es im Interesse der Stadtgemeinde Stockerau liegen, diesen Stundenrahmen zu überschreiten, sind wir selbstverständlich gerne bereit, den mitzutragen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

b) Bauwesen und Straßen

1.) Straßenbenennungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Antrages der Fa. Stena Technoworld GmbH. vom 7.6.2011 um Vergabe einer ordnungsgemäßen Orientierungsnummer bzw. geeigneten Postanschrift für das Firmenareal, ist es erforderlich, den bestehenden Zufahrtsweg zu benennen.

Der bestehende Weg mit der Parz.Nr. 2090/1, KG. Stockerau, beginnend bei der Pragerstraße auf eine Länge von ca. 280 m soll daher wie folgt benannt werden:

Windparkstraße

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

VI. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖGO 1973

1.) Aktuelle Fragen der Abfallbehandlung bzw. deponierung in Stockerau abgesetzt

2.) Aussprache über die Stockerauer Festspiele

Antrag der ÖVP:

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Es wird der **Antrag der ÖVP** gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen. Der Antrag gliedert sich in zwei Teile.

Der 1. Teil: Seit wenigen Tagen ist die Festspielsaison 2011 in Stockerau Geschichte. Dies sollte den Anlass bilden, im Gemeinderat Bilanz zu ziehen und gemeinsam die Zukunft zu besprechen, zumal in der Gemeinderatssitzung am 16.03.2011 fraktionsübergreifend ein gemeinsamer Weg in die Zukunft für dieses wichtige Kulturereignis begonnen wurde, zu beschließen.

Insbesondere folgende Aspekte sollten erörtert werden:

- Vorläufige Bilanz der Festspiele 2011: Besuchererfolg (einschließlich Handhabung und Anzahl der vergebenen Freikarten) und wirtschaftlicher Erfolg des Festivals 2011 (im Vergleich mit den Vorjahren)

Bürgermeister Laab: Aufgrund der Situation, der Wettersituation und was auch immer daran Schuld war, zu einem mäßigen Besuch dieser Festspiele gekommen. Wir liegen nach vorläufigen Daten, die wir haben, bei ca. 50% Auslastung. Das sind knapp über 8.000 Besucher. Freikarten waren es 804 und sind so wie in den Vorjahren (Feuerwehr, Vereine) vergeben worden. Wir rechnen mit einer Abgangssumme von € 220.000,--. Das liegt in etwa um € 70.000,-- über der veranschlagten Summe.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich glaube, dass dieser Bericht einmal mehr zeigt, dass die Überlegungen für einen neuen Weg, für einen geänderten Weg richtig waren.

2. Teil: Wie bekannt ist, haben wir den Beschluss gefasst, 2012 noch unter der Intendanz von Alfons Haider Musical zu spielen, und wir haben mehrheitlich den Beschluss gefasst, ab 2013 eine Neuorientierung anzustreben. Es ist im Kulturausschuss beschlossen worden, wir haben auch, glaube ich, im Gemeinderat darüber gesprochen, dass in einem eigenen Festspielarbeitskreis, die Basis für die Ausschreibungsunterlagen erarbeitet werden. Diesen Arbeitskreis hat es gegeben. Es war meiner Meinung nach eine sehr konstruktive Sitzung. In diesem Arbeitskreis sind Vertreter aller politischen Parteien vertreten gewesen, aber auch Leute, die das Kulturleben in der Stadt mitbestimmen. Aufgrund der Ergebnisse aus dieser Arbeitskreissitzung haben wir eine Ausschreibungsunterlage vorbereitet.

Ich darf den **Antrag** stellen.

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge beschließen, dass seitens der Stadtgemeinde Stockerau umgehend die Intendanz der Stockerauer Festspiele ab der Spielsaison 2013 ausgeschrieben wird.

Sowohl der Text der Ausschreibung als auch die zugehörige Ausschreibungsunterlage liegen bei.

Die Ausschreibung möge sowohl im Amtlichen Teil der Wiener Zeitung als auch in geeigneten, überregionalen Medien, besonders solchen, die für den potentiellen Bewerbungskreis von Interesse sind, vorgenommen werden.

Ausschreibung

Die Stockerauer Festspiele sind Teil des NÖ Theatersommers. 2012 findet die 50. Spielsaison statt. Das Festival ist etabliert, beim Publikum beliebt und ein wirtschaftlich wichtiger Faktor für die gesamte Region.

Das Festival sucht für die Spielsaison 2013 zunächst auf die Dauer von drei Jahren mit Option auf Verlängerung eine

Intendanz/künstlerische Leitung.

Als Genre wird Sprechtheater mit einem zum Spielort passenden Programm angestrebt. Wir wenden uns an BewerberInnen, die das Festival künstlerisch verantwortungsvoll führen können, über mehrjährige Erfahrung in der Leitung von Theaterproduktionen bzw. Festivals verfügen, ein passendes künstlerisches Konzept vorlegen und mit Beteiligten wie Sponsoren, Partnern, Medien und örtlicher Bevölkerung kommunizieren können.

Ausschreibungsunterlagen sind anzufordern bei:

Stadtgemeinde Stockerau

2000 Stockerau, Rathausplatz 1

Tel.: +43 (0) 2266 695-1200

z.H. Dr. Maria- Andrea Riedler

Email: m.riedler@stockerau.gv.at

Die Bewerbungsfrist endet am 31. Dezember 2011

Ausschreibungsunterlage

Die Stadtgemeinde Stockerau sucht ab der Spielsaison 2013 eine künstlerische Leitung für die Festspiele Stockerau (Open-Air-Festival Stockerau).

Allgemeines:

Seit 1964 wird auf dem Platz vor der barocken Pfarrkirche Theater gespielt, seit vielen Jahren sind die Stockerauer Festspiele fixer Bestandteil des Niederösterreichischen Theaterfestes.

Zuerst Sprechtheater mit Schwerpunkt Komödie, dann einige Jahre Shakespeareaufführungen und schließlich seit 1998 Musical haben die Stockerauer Festspiele weit über die NÖ-Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht.

Spielbeginn ist jährlich Anfang Juli, die Spielzeit beträgt in der Regel sechs Wochen, wobei es drei bis vier Vorstellungen pro Woche gibt. Durchschnittlich 25 Spieltage bedeuten bei 648 Sitzplätzen eine maximale Auslastung von 16.200 BesucherInnen. Spieltage sind jeweils Mittwoch (Donnerstag) bis Samstag, Spielbeginn ist 20.00 Uhr. Die Aufführungen sollen spätestens um 22.30 Uhr enden. Für Schlechtwettertage steht mit dem Veranstaltungszentrum Z2000 ein vollwertiger Indoorveranstaltungsartort zur Verfügung.

Die Stadtgemeinde Stockerau als Festspielveranstalter wendet sich an Persönlichkeiten, die als künstlerische Leitung die Festspiele gemeinsam mit der kaufmännischen Leitung organisatorisch und wirtschaftlich verantwortungsvoll führen können. Dabei soll über die zentrale Theaterproduktion hinaus gemeinsam mit den örtlichen Veranstaltern ein kulturelles Rahmenprogramm erstellt werden. Gesucht wird daher eine Persönlichkeit, die nachweislich über eine künstlerische, organisatorische und wirtschaftliche Ausbildung oder Erfahrungen im Sprechtheater bzw. im Bereich der Leitung von Theaterproduktionen verfügt. Ein aktives Einbringen in den Spielplan durch eigene Regie- oder Schauspielarbeit ist durchaus möglich.

Künstlerische Anforderung:

Ausarbeitung eines mehrjährigen zum Spielort passenden Programmkonzeptes aus dem Bereich Sprechtheater.

Verantwortliche Produktionsbegleitung von der Probenphase bis zu den Vorstellungen.

Die Spielplanerstellung 2013 ist bis Ende Mai 2012 abzuschließen.

Strategische Anforderung:

- Künstlerische und wirtschaftliche Positionierung des Festivals in Zusammenarbeit mit dem Verein „Theaterfest Niederösterreich“ mit dem Ziel einer nachhaltigen Publikumsbindung und damit langfristiger Zukunftssicherung des Standortes.
- Kenntnis der Persönlichkeiten der österreichischen Theater- und Medienlandschaft.
- Gute Kommunikationsfähigkeit mit allen beteiligten wie Sponsoren, Partner, Medien und örtlicher Bevölkerung.

Auswahlverfahren:

Die Position wird vorerst für drei Jahre vergeben, mit einer Option auf Verlängerung um weitere drei Jahre. Nach Vorauswahl der Kandidat(in)en findet bis Ende Februar 2012 ein Hearing mit den verbleibenden Bewerbern statt.

Die Auswahlkommission setzt sich aus Mitgliedern des von der niederösterreichischen Landesregierung bestellten Gutachtergremiums für Darstellende Kunst, einem Mitglied des Vereins „Theaterfest Niederösterreich“ und örtlichen Vertretern zusammen.

Bewerbung:

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen mit Lebenslauf, Nachweis und ausführlicher Beschreibung Ihrer bisherigen Tätigkeiten sowie ein Konzept über Ihr Programm richten Sie bitte bis **31. Dezember 2011** an die Stadtgemeinde Stockerau, Stadtamtsdirektion Dr. Maria-Andrea Riedler, Rathausplatz 1, 2000 Stockerau. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Festspiele Stockerau
Helmut Laab, Bürgermeister
+43 (0) 2266 695 – 1201
stadtgemeinde@stockerau.gv.at
Christa Niederhammer, Vizebürgermeisterin
Stadträtin für Kultur
+ 43 (0) 2266 616 77
christa@niederhammer.at

Gemeinderat Scheele: Die SPÖ-Fraktion wird das aus mehreren Gründen diesen soeben erläuterten Antrag nicht zustimmen. 1. haben wir in der März-Sitzung beschlossen, bis Jahresende ein Konzept zur Neuausrichtung der Festspiele ab 2013 zu erarbeiten. Auf Basis dieses Konzeptes soll dann die Intendanz neu ausgeschrieben werden. Es gibt eine Ausschreibungsunterlage und die ist aus unserer Sicht kein Konzept. Es stellt sich die Frage, auf welcher Basis, sollen wir ausschreiben. 2. gibt es nach unseren Informationen auch andere Ideen, die man in einer 2. oder 3. Sitzung des Arbeitskreises beraten und erläutern könnte, weil nach unserer Meinung eine Arbeitskreissitzung für ein so kostenintensives, wichtiges Projekt für unsere Stadt zu wenig ist. 3. erweckt diese Ausschreibungsunterlage, zu mindestens bei mir, schwer den Eindruck, als ob sie auf eine ganz bestimmte Person, auf einen bestimmten Personenkreis (Unschuldsvermutung) zugeschnitten ist.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Dazu möchte ich folgendes sagen. Ich glaube nicht, dass der Gemeinderat ein Konzept, welches dann der Intendant oder die Intendantin verwirklichen soll, zu erstellen hat. Der Gemeinderat hat eine Ausschreibung zu machen. Wir haben in dieser Arbeitskreissitzung, in der 3 Mitglieder der SPÖ-Fraktion (Bürgermeister, Vizebürgermeisterin, Gemeinderätin Wondrak) vertreten waren, einstimmig darauf geeinigt, möglichst große Freiheit dem Intendanten oder der Intendantin zu gewähren. Ich halte es für relativ unwahrscheinlich, dass der Gemeinderat in der Kreativität einen möglichen Intendanten oder einer möglichen Intendantin übertreffen wird. Soviel zum Konzept.

Auf welcher Basis ausgeschrieben wird, steht in der Ausschreibung ganz genau drinnen. Es steht drinnen, in welchem Genre, wir uns denken, sich die Zukunft bewegen soll, wo es stattfinden soll. Theaterausschreibung ist übrigens niederösterreichweit üblich. Wir haben gemeinsam mit Frau Stadtamtsdirektorin die Ausschreibung erstellt, an Ausschreibungen von Weitra und Berndorf orientiert. Das ist eine durchaus übliche Ausschreibung. Dass es auch andere Ideen gibt, es gibt jede Menge Ideen. Wir von der Volkspartei halten nichts davon. Ideen, die jetzt von einigen Leuten an die Stadt herangetragen sind, als alleinige Ideen zu werten. Wir sind der Meinung, dass wir durch die Ausschreibung einen großen Pool an Ideen bekommen werden. Damit komme ich zu der wirklich für mich abstrus anmutenden Idee, dass bereits an eine Person gedacht worden ist. Wenn es irgendjemanden gibt, der mir eine Person darauf sagen kann, dann finde ich das sehr interessant. Es befremdet mich wirklich, das zu hören. Jeder denkt halt, so wie er glaubt, dass es funktioniert. Wir denken daran nicht, wir glauben, dass es eine Vielfalt an Ideen geben wird, wenn wir ausschreiben.

Dass eine Sitzung zu wenig ist, dem möchte ich insofern widersprechen. Ich glaube, eine gute Sitzung ist genug. Es sind, wie gesagt, Vertreter aller Richtungen dabei gewesen. Es war auch so, dass wir ein Protokoll erstellt haben, dass das Protokoll allen zugegangen ist, dass alle eingeladen wurden, zu diesem Protokoll Meinungen kundzutun, Ideen zu bringen, Feedback

zu geben. Ich habe auch die Ausschreibung ausgesendet an alle Arbeitskreismitglieder mit der Anregung, Feedback zu bekommen. Ich möchte nur sagen, von der SPÖ-Fraktion ist keinerlei Feedback gekommen. Ich höre das jetzt. Ich möchte auch noch sagen, wenn so Dinge ange-
maßt werden, man hat es schon in Kopf irgendeine Person, auf die diese Ausschreibung passt. Ich weiß nicht, ist man jetzt von dem eigenen Mut, den man irgendwann einmal gehabt hat, zu sagen, ok wir verlassen den Weg, wir machen etwas Neues, wir suchen eine Möglichkeit, die für die Stadt gut ist und finanziell verträglicher ist, ist man jetzt von dem Mut verlassen worden, könnte man vielleicht so interpretieren. Ich hoffe nur, dass diese Abstimmung gegen die Ausschreibung nicht zur Folge hat, dass man sich aus der weiteren Entscheidung und Mit-
sprache, was die Festspiele betrifft, völlig herausnimmt. Hängst es damit zusammen, dass diese Neuerung jetzt unter einer Kulturstadträtin der ÖVP passiert ist. Ich weiß nicht, woher es kommt. Es steht natürlich jeden frei, abzustimmen, wie er will. Ich ersuche trotzdem um die Zustimmung zu diesem Antrag. Ich glaube, die Zeit eilt. Festspiele 2013 sind bald da. Wir sollten bis zum Jahresende Bewerbungen bekommen. Wir sollten diese Bewerbungen an-
schauen, wir sollten sie alle anschauen und dann offen diskutieren und schauen, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Deswegen Ausschreibung sobald wie möglich-

Stadtrat Moll: Dass hier eine gewisse Dringlichkeit gegeben ist, erscheint mir auch so, insbe-
sondere wenn ich mir das Ergebnis des heurigen Jahres ansehe. Sie werden sehen, dass es ein Fehler war, auch das Jahr 2012 mit dem Intendanten Alfons Haider noch feiern zu wollen. Aber gut, diese Würfel sind gefallen. Unabhängig davon hat es sich aber schon herum gespro-
chen, dass Stockerau neue Wege gehen muss. Und es gibt schon einige Vorschläge von Künstlern, von Agenturen, die durchaus auch etwas an sich haben und zu überlegen sein kann. Um aber eine möglichst große Vielfalt von Ideen und Vorschlägen zu bekommen, steht meiner Meinung nach nichts im Wege, jetzt schon diese Ausschreibung, dieses Inserat zu
platzieren. Ich glaube nicht, dass wir am Ende des Jahres wirklich wesentlich klüger sein werden als heute. Also, worauf sollen wir warten. Es ist mit dieser Ausschreibung noch im-
mer nichts entschieden.

Bürgermeister Laab: Für mich ist klar, wenn wir uns entschließen, auszuschreiben, wird es dann eine Entscheidungsfrist geben. Es wird dann nicht sinnvoll sein, über andere Angebote oder Projekte ernsthaft zu diskutieren, weil es nicht fair ist denen gegenüber, die bei der Aus-
schreibung einreichen. Ich gehe davon aus, dass der Beste oder das beste Produkt zum Zuge kommt.

Gemeinderat Maurer: In die Ausschreibung sind die Ideen aller Fraktionen geflossen. Es ist schon wichtig aus unserer Sicht, jetzt auszuschreiben, weil uns auch ganz wichtig das Rah-
menprogramm ist.

Stadtrat Holzer: Es gibt Angebote von Stockerauer Kulturtreibenden, wo man ohne Intendant auskommen kann. Jetzt wird ausgeschrieben, dann wird diskutiert und dann wird etwas ge-
nommen, wo man vielleicht keinen Intendanten braucht. Daher glaube ich, dass es zu früh ist, auszuschreiben. Der Weg, den wir gehen wollen, müsste im Ausschuss besprochen werden.

Stadtrat Moll: Ich sehe den Widerspruch nicht, dass wir dann die Wahlfreiheit haben, fertige Stücke zuzukaufen oder mit Intendanz. Es drängt schon die Zeit, denn das ganze Drumherum braucht auch seine Zeit.

Gemeinderat Falb: Um jemanden vernünftigen zu bekommen, der auch ein Konzept vorlegen kann, ist jetzt der richtige Zeitpunkt. Die Vorgangsweise bis dahin war auch einvernehmlich. Wir sind etwas überrascht, dass ein größerer Widerspruch kommt.

Insgesamt wollten wir diese Sitzung durchaus in dem konsensfähigen Ton, den wir heute angeschlagen haben, zu Ende gehen lassen. Und gerade beim letzten Tagesordnungspunkt geht das leider nicht. Und zwar, dass sich das, was an Umgang mit Vizebürgermeisterin Niederhammer gepflogen wurde in den letzten Wochen in Sachen Festspiele, nicht in Ordnung ist. Ich hätte noch nichts zum Vorfall bei der Festspieleröffnung gesagt, wenn Sie nicht Herr Kollege Scheele die Wendung, ist gilt die Unschuldsvermutung, in den Raum geworfen hätten. Dazu kann ich folgendes sagen. Dieser Terminus wird in letzter Zeit hauptsächlich gegen Personen gebraucht, die mit strafrechtlichen Vorwürfen konfrontiert sind. Und wenn Sie unterstellen wollen, dass hier irgendwas nicht in Ordnung ist, eine Zuspitzung auf eine gewisse Person vorgegeben ist, dann muss ich dem sehr entschieden gegenüber treten. Dem ist nicht so. Im Gegenteil, wie mit der einen oder anderen Ausschreibung, die in dieser Stadtgemeinde vor sich geht, sehr wohl den Eindruck, dass manchmal schon komischerweise hier ein Bestimmter z.B. bei Architektenleistungen zum Zuge kommt. Hier ist diese Wortwahl gegenüber der Vizebürgermeisterin absolut unangebracht.

Festspielpremiere – wir haben uns alle gemeinsam, und der Antrag wurde damals von SPÖ und ÖVP unterstützt, für eine Neuorientierung der Festspiele entschieden. Der Intendant Haider hat diese Entscheidung einzig und allein der ÖVP zugerechnet, hat sich entsprechend meiner Meinung nach fast niederträchtigen Art an der Vizebürgermeisterin glücklich getan im Rahmen der Premierenfeier. Niemand hat sich dort vor Ort der Mühe wert gefunden, vielleicht das eine oder andere korrigierende Wort einfließen zu lassen. Ich danke in diesem Zusammenhang dem Kollegen Moll für das, was er in der NÖN im Sommer gesagt hat. Die Umgangsweise mit der Vizebürgermeisterin war nicht in Ordnung. Er hat auch bei der einen oder anderen Vorstellung entsprechend in der bekannten Art agiert, hat gesagt, auf die Wiener ist Verlass, auf die Stockerauer nicht. Wir müssen auf aufpassen für 2012, dass der Intendant diese Vorgangsweise noch steigert. In der letzten Saison haltet ihm dann wahrscheinlich nichts zurück in seiner Überzeugung von sich selbst. Ich finde es einfach nicht in Ordnung. Es war ein demokratischer Prozess und es darf sein, dass nach Jahrzehnten eine Stadt bei der Frage, wie bei den Festspielen, einen neuen Weg geht. Hier gibt es keine Vorbestimmung, wer es werden soll, und dadurch ist die Wortmeldung auch nicht in Ordnung gewesen.

Gemeinderat de Witt: Wir wissen aber auch nicht, ob wir uns ein Sprechtheater leisten können.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Wir haben im Arbeitskreis darüber nachgedacht und das steht auch im Protokoll, was öffentlich ist und nachzulesen ist. Es steht auch im Protokoll, dass der Finanzrahmen, wenn es einen Bewerber gibt, wo einem das Konzept interessant erscheint, dass dann ganz konkret über den Finanzrahmen gesprochen werden muss. Dass selbstverständlich, bevor ein Intendant oder eine Intendantin von uns bestellt wird, über den Finanzrahmen gesprochen werden muss.

Gemeinderat de Witt: Der Arbeitskreis bespricht etwas, der Kulturausschuss wird übergangen, und es landet ein Antrag "Ausschreibung" im Gemeinderat". Für mich stimmt die Vorgangsweise nicht.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Der Kulturausschuss ist nicht übergangen worden. Im Kulturausschuss ist beschlossen worden, dass der Arbeitskreis die Unterlage für die Ausschreibung erarbeitet. Und das jetzt die Ausschreibung im Gemeinderat beschlossen wird, ist meiner Meinung nach eine vollkommen normale und faire Lösung. Man hätte vielleicht sagen können, man beschließt sie im Kulturausschuss, aber es ist nicht meine Art und Weise, dann irgendetwas mit 5, 6 Leuten zu beschließen. Ich glaube, die Entscheidung für die Ausschreibung ist wichtig und deswegen soll auch jeder im Gemeinderat hier offen seine Meinung dazu kundtun und abstimmen, ob er dafür ist, diesen Weg mitzugehen oder nicht.

Bürgermeister Laab: Im Zuge der Intendanz brauchen wir die Fortführung der Festspiele. Dann noch etwas Anderes zu entscheiden, wird mit der Zeit noch schwieriger.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Es liegt ein Angebot für ein Konzept vor, von einer Person. Wenn ich jetzt denke, dass mir heute vorgeworfen wurde, dass wir auf eine bestimmte Person zielen, dann erscheint mir dies irgendwie besonders skurril, dass man sich jetzt auf eine Person und ein Angebot einschießt und deswegen die Ausschreibung nicht unterstützt. Aber ich habe mit dieser einen Person auch heute gesprochen. Es steht in diesem Angebot ganz konkrete Dinge drinnen, ganz konkrete Namen für Rahmenprogramm und ganz konkrete Termine. Ich habe nachgefragt, ob mit irgendjemanden dieser Personen, die in diesem Rahmenprogramm drinnen stehen, bereits Gespräche geführt worden sind, ob da bereits über Termine gesprochen wurde. Es ist mir gesagt worden, das ist einfach nur hinein geschrieben worden als Vorschlag. Wir können über diesen Vorschlag selbstverständlich noch debattieren, wenn er konkretisiert ist. Aber ich finde es wirklich absurd, eine Ausschreibung abzulehnen und ein einziges Angebot von jemand, der kommt, jetzt zu favorisieren. Das ist doch nicht demokratisch. Das widerspricht meiner Meinung nach wirklich jeder demokratischen Grundregelung.

Gemeinderat de Witt: Man könnte auch überlegen, dass man aussetzt und schaut, wie sich die Finanzen entwickeln. Wir haben kein Geld und schreiben aus.

Bürgermeister Laab: Die Tragweite muss uns bewusst sein. Man sollte mit der Ausschreibung keine Verpflichtung haben, einen Bewerber zu nehmen, auch wenn mir das Konzept nicht gefällt. Es muss Priorität sein, dass wir uns nur dann für eine Intendanz oder eine Weiterführung entscheiden, wenn wir dieses Vertrauen haben, dass es auch wirklich umsetzbar ist.

Stadtrat Holzer: Wenn wir jetzt ausschreiben, können wir die Zeit nützen, mit diesem anderen Anbieter nochmals zu sprechen. Am Jahresende wird es Bewerber geben und wir werden dann entscheiden, ob man einen Bewerber näher tritt und sein Angebot annimmt, oder ob es uns zu teuer ist, oder wir gehen den anderen Weg und reden mit dem einen Anbieter weiter. Vorlaufzeit brauchen beide.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Nichts anderes haben wir gesagt.

Stadtrat Holzer: Meine Befürchtung ist, dass mit dem Anbieter nicht mehr gesprochen wird. Wenn die Zusicherung ist, dass man in einem Ausschuss oder Stadtrat mit dem Anbieter spricht, dann kann man schon ausschreiben.

Stadtrat Hopfeld: Das Angebot wird genauso berücksichtigt, wie die anderen, die noch herein kommen. Wenn man keinen mehr dazu einlädt, bekommt man auch keine anderen Ideen. Man muss aus kommunalpolitischer Sicht genau auf die Kosten schauen, aus der privatwirtschaftlichen Sicht möchte ich keinesfalls haben, dass es in Stockerau keine Festspiele mehr gibt.

Gemeinderat de Witt: Wer entscheidet, wer den Zuschlag bekommt.

Stadtrat Hopfeld: Der Ausschuss und dann der Gemeinderat.

Gemeinderat Falb: Vielleicht verständigt man sich auf eine Gruppe, die eine Kommission bildet und der Kulturausschuss präsentiert das dem Gemeinderat und der Gemeinderat beschließt dann. Das Vernünftigste ist, wir suchen einen gemeinsamen Weg für das Ganze. Das Land wird eine Operette nicht fördern. Dann geht es uns so wie beim Haus der Generationen.

Gemeinderat Maurer: Die Ausschreibung lautet auf Sprechtheater.

Bürgermeister Laab: Beim Bau hat niemand vom Land gesagt, dass es nicht funktionieren wird. Erst bei der Betriebsgenehmigung, die die Volkshilfe als Betreiber gebraucht hätte, ist es nicht zustande gekommen.

Ich denke, dass ein jeder hier seine Meinung sagen soll und seine Meinung zur Abstimmung bringen soll.

Wir können jetzt nur die Intendanz ausschreiben und abwarten, was reinkommt. In der Zwischenzeit jemanden dazu zu verleiten, dass der Vorverträge eingeht, und wir dem dann nicht zusagen können, würde ich nicht befürworten. Wir sollten 2013 Festspiele haben und nicht das Ziel haben, dass es nichts gibt.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Es ist ein absolut üblicher Weg bei Festspielen, wo es um eine Neuorientierung geht, eine Intendanz auszuschreiben. Ich glaube auch, es ist demokratisch der einzig richtige Weg. Ich halte nichts davon, Leute, die Angebote vor der Ausschreibung bringen, dann zu bevorzugen. Der eine Anbieter kann sich auch vorstellen, ein Konzept mit Sprechtheater zu machen. Wir sind für alle Gespräche offen. Wir werden hoffentlich bis Ende Dezember, solange läuft die Frist der Ausschreibung, eine ganze Reihe von Angeboten bekommen. Es werden sich hoffentlich viele Interessenten melden, sodass wir uns wirklich damit beschäftigen können, wie die einzelnen Angebote aussehen. Wir werden das selbstverständlich im Arbeitskreis machen, wir werden es auch im Kulturausschuss machen. Herr Stadtrat Holzer ich lade dich herzlich ein, zu einem Kulturausschuss zu kommen, als Stadtrat darfst du bei jedem Kulturausschuss dabei sein.

Es hat schon viele Debatten gegeben. Jetzt sollen wir abstimmen, wollen wir, wollen wir eine Ausschreibung machen ja oder nein, oder wollen wir uns noch drücken. Über Sprechtheater wurde sehr lange debattiert und es ist sehr viel nachgedacht worden.

Stadtrat Straka: Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, wenn es Kultur im Sommer in Stockerau geben soll, dann soll es wieder etwas Längerfristiges sein. Mit einer Einjahresproduktion oder Einjahresvorschlag ist uns sicher nicht gedient. Jedes Jahr ein Angebot zu suchen und finden, ist sicher nicht unsere Linie.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	5 (Scheele, Hinterhauser, de Witt, Holzer Schöffauer)
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	11
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung. Er beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung. (Siehe dazu Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung im Anschluss an die öffentliche 9. Gemeinderatssitzung vom 07.09.2011).

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

GR Scheele Heinz

Vizebgm. Christa Niederhammer

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Gerald Moll

StR. Mag. Ing. Andreas Straka

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder